Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.30 Mark; durch die Post bezogen 2.00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg eGmbH. Halle, Lerchenfeldstraße 14

Anzeigenpreis: 13 Goldpfennig i. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 70 Goldpfennig i. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 106848 Frdr. Kroh, Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Sonnabend, den 24. Oktober 1925 | 5. Jahrgang • Nr. 236

Das Mordsystem an den Chemieproleten

Die 13 Tote von Reinsdorf schon vergessen — Es soll alles beim alten bleiben — Die SPD. hilft dabei

Die Reinsdorfer Explosionskatastrophe vor dem Gewerbeausschuß des Landtages

Berlin, Landtag, den 22. Oktober.

Erst heute, nach fast acht Monaten, nahm die preußische Staatsregierung Gelegenheit, Auskunft über die **Ursache der Explosionskatastrophe in Reinsdorf** zu geben.

Es lagen vor **eine große Anfrage und drei Uranträge des Genossen Lademann und der übrigen Mitglieder der kommunistischen Fraktion.** Der Vertreter des Staatsministeriums, Regierungsrat Mende, nimmt Gelegenheit, vom Manuskript den wohlskizzierten Bericht der Betriebsleitung der Wassag in Reinsdorf dem Ausschuß vorzulegen. Auf eine Anfrage des Genossen Lademann muß er zugeben, daß er allerdings die Aussagen, die er macht, von der Direktion der Wassag habe. Die Stellungnahme der Staatsregierung ist folgende:

Die Ursache der Explosion könne heute nicht mehr festgestellt werden. Es ist die Möglichkeit vorhanden, daß durch das leicht brennbare poröse Pulver die drei Explosionen entstanden sind, die bedauerlicherweise **13 Arbeitern das Leben gekostet** habe. Der Betrieb befände sich in **„mustergültiger" Ordnung.** Die Arbeiter tragen Filzschuhe und auch in den Abteilungen, wo die Explosionen erfolgten, wäre **in Akkord nicht gearbeitet** worden. Die Arbeiter hätten sich der Untersuchungskommission gegenüber auch **nicht über ein Antreibesystem beschwert.** Er mußte aber besahen, daß **heute die Arbeiter gezwungen werden, ein Zehnstundenpensum in acht Stunden zu erledigen.** Das Antreibesystem würde nicht gefördert durch die Schaffung von Prämien an die Herren Betriebsleiter.

Er kommt zu dem Ergebnis, daß die Anträge des Genossen Lademann, die verlangen

Abschaffung der Akkord-, Prämien- und Pensumarbeit, die Einsetzung von Sicherheitskommissionen, die aus Arbeitern bestehen, die Entschädigung der Hinterbliebenen, die Einrichtung eines ausreichenden Sicherheitsdienstes, die Entfernung des Gewerberates Dr. Schellhorn

abzulehnen seien.

Genosse Lademann ergreift nun das Wort, um in längeren Ausführungen die Schuld der nimmersatten Profithyänen in der Wassag zu bewessen. Die Direktion der Wassag hat ihre wirtschaftliche Macht ausgenutzt, um die Arbeiterschaft zu zwingen, Prämien- und Akkordarbeit in diesem außergewöhnlich gefährlichen Betrieb zu verrichten. Im Jahre 1923 stellte man an den Betriebsrat und an die Organisationsleitung der freien Gewerkschaften das Ansinnen, in die **zehnstündige Arbeitszeit** einzuwilligen und den **Stundenlohn von 44 auf 36 Pfennig abzubauen.** Die Arbeiterschaft wies das Ansinnen zurück und die Wassag beantragte bei der Regierung in Merseburg, wo ein Sozialdemokrat Regierungspräsident ist, die **Stillegung des Werkes,** um die Arbeiterschaft zu **zwingen, in ihre arbeiterfeindlichen Forderungen einzuwilligen.** Die Stillegung wurde genehmigt, die Arbeiter wurden brotlos. Im Januar 1924 öffnete man wieder die Tore des Werkes und **führte die Prämien- und Akkordarbeit ein.** Im Laufe der Zeit sind dem Betriebsrat mehrfach Schwierigkeiten in der Kontrolle der Unfallverhütungsvorschriften gemacht worden. Bald setzte **ein wahnsinniges Antreibesystem** ein. Das Pensum in den so gefährlichen Pulverbetrieben wurde **um 75 Prozent erhöht.** Wurden früher **neun Runden** gefordert, so werden **heute 15 Runden** als Norm angesehen. **Es ist nicht wahr, daß den Arbeitern von der Wassag die vorgeschriebenen Filzschuhe geliefert wurden.** Ein Ausrutschen mit nägelbeschlagenen Schuhen kann schon im Pulverbetrieb eine Explosion erzeugen. Es ist der Betriebsleitung, die nur auf ihren Profit bedacht war, nicht eingefallen, den Gesetzesbestimmungen Rechnung zu tragen. Wenn der Regierungsvertreter behauptete, Prämien würden an die Betriebsleiter und Direktoren nicht gezahlt, so steht fest, daß **das gesamte Antreibepersonal Gratifikationen von der Wassag erhielt und heute noch erhält.** Diese Extrazahlungen an die Direktoren und Betriebsleiter sind ein Ansporn, die Arbeiter in immer größerem Maße zur Mehrarbeit anzutreiben. Gerade in den Betrieben, die als Explosionsherd anzusehen sind, herrschte dieses Antreibesystem.

Die Ursache der Explosion ist also zweifellos in diesem unerhörten Antreibesystem zu suchen.

Der Gewerberat Dr. Schellhorn hat kaltblütig dieses Prämien- und Pensumsystem genehmigt. Er hat weiter seine Zustimmung gegeben, trotz des Einspruches des Arbeiter- und Angestelltenrates, daß **das aus 22 Mann bestehende Sicherheits- und Sanitätspersonal bis auf vier Mann abgebaut** wurde. Der Arzt, der früher angestellt war, wurde abgebaut. Das Sicherheitspersonal war absolut nicht in der Lage, das große Werk zu überschauen. Alle Beschwerden und Gegenanträge der Arbeiterschaft wurden nicht berücksichtigt. **Erst nach dem Unglück** bequemte sich die Werksleitung dazu, das Sicherheitspersonal von vier auf acht Personen zu erhöhen.

(Fortsetzung auf der 2. Seite)

Im Zeichen des „Friedens" von Locarno

Kriegsberichte vom Balkan

(TU.) Sofia, 23. Oktober. (BZ.) Die Griechen setzen ihren Vormarsch auf bulgarisches Gebiet fort. Nachdem sie bei ihrem Einfall über die Grenze, geschützt durch Dunkelheit und Nebel, drei bulgarische Grenzstellungen eingenommen haben, rückten sie etwa sechs Kilometer längs des Strumaflusses vor, in der Richtung auf Marnopols. Vormittags wurde das Dorf Markolostinovo im Strumatal östlich von Petritsch genommen. Ein griechisches Flugzeug belegte die Brücke beim Bahnhof Levunovo mit Bomben. Die Gerüchte von einer Einnahme der Stadt Petritsch haben sich jedoch nicht bestätigt.

*

(TU.) Belgrad, 23. Oktober. (BZ.) Der bulgarische Generalstab hat gestern nachmittag beschlossen, daß die bulgarischen Truppen, die bisher vor den vordringenden Griechen sich zurückgezogen haben, nunmehr in Aktion treten sollen. Kriegsminister Vitov hatte gestern abend eine Besprechung mit dem Sofioter Garnisonkommandanten, General Lazaroff, dem er Instruktionen in diesem Sinne gab. Gestern abend sollen die bulgarischen Truppen schon zum Gegenangriff übergegangen sein. Alle in Sofia akkreditierten ausländischen Zeitungskorrespondenten sind gestern nach Petritsch abgereist.

*

TU. Paris, 23. Oktober. Nach Blättermeldungen aus Sofia nehmen die Ereignisse an der griechisch-bulgarischen Grenze eine kriegsartige Entwicklung an. Die Stadt Petritsch, die gestern von griechischen Truppen besetzt wurde, steht in Flammen. Der Vormarsch der Truppen vollzieht sich auf einer Frontbreite von 40 Meilen.

Kämpfe in Syrien

(TU.) London, 23. Oktober. Die „Times" berichten aus Haifa, daß 400 französische Soldaten in der Gegend von Deraa gefangen genommen worden sind. Die Eisenbahnverbindungen von Deraa nach Damaskus sind unterbrochen. Es scheint, daß die unmittelbare Ursache des Aufstandes in Damaskus in der öffentlichen Zurschaustellung von 24 Leichen der Räuber (?) lag, die von den französischen Truppen in der letzten Zeit in der Nachbarschaft von Damaskus getötet worden waren. Dadurch sind angeblich die Leidenschaften der Bevölkerung entflammt worden. Die französischen Strafen für Damaskus betragen 400 000 ägyptische Pfund, die Ablieferung von 50 000 Gewehren und 50 Tage Belagerungszustand. Eine weitere „Times"-Meldung aus Kairo besagt, daß die Lage in Damaskus sich bessere. Die Drusen hätten sich zurückgezogen, als sie von der Niederschlagung der Revolte gehört hätten.

Blutige Zusammenstöße in Kairo

54 Tote!

(TU.) Paris, 23. Oktober. Aus Kairo wird gemeldet, daß es auf der Warenmesse bei Besichtigung durch ein Kabinettsmitglied zu Zusammenstößen zwischen Polizei und Eingeborenen gekommen ist. 54 Personen fanden dabei den Tod. Viele wurden verletzt. Insgesamt war die Messe zu dieser Zeit von etwa einer Million Personen besucht.

Der Marokkokrieg geht weiter

(TU.) London, 23. Oktober. Nach den Meldungen, die hier vorliegen, ist die Lage der französischen und spanischen Truppen in Marokko trotz ihrer neuerlichen Erfolge durchaus nicht sicher. Am letzten Sonntag haben die Franzosen nicht weniger als vier vollzählige Batterien verloren. Dieser Verlust ist die Folge eines scharfen Rifangriffes nahe der Verbindungslinie der französischen und spanischen Front. Mit Hilfe spanischer Flieger sind drei der Kanonen wiedererobert worden. Die Rifs warten offensichtlich auf stürmisches Wetter, wodurch die Verbindung mit der See unterbrochen würde, ehe sie einen Angriff auf Alhucemas unternehmen. Die Anzahl der französischen Truppen, die sich auf das Gebiet 20 bis 30 Meilen südlich Ajdir zurückgezogen haben, beträgt etwa 18 000 Mann.

Der Wahlkampf in der Tschechoslowakei

Von Otto Heller (Reichenberg)

Am 15. November finden in der Tschechoslowakei die Wahlen in die Nationalversammlung statt. Das tschechoslowakische Parlament besteht aus zwei Kammern, einem **Abgeordnetenhaus mit 300 Abgeordneten** und einem gänzlich überflüssigen **Senat mit 150 Senatoren.** Das Wahlrecht ist das Verhältniswahlrecht für Männer und Frauen, wobei das aktive und passive Wahlrecht für den Senat durch eine Altersgrenze eingeschränkt ist. Das tschechoslowakische Abgeordnetenhaus hätte eigentlich erst nach Ablauf seiner sechsjährigen Legislaturperiode im Frühjahr 1926 bzw. der Senat erst im Frühjahr 1928 aufgelöst werden können. Die innerpolitischen Verhältnisse haben sich aber in der letzten Zeit derart verwirrt, daß die Auflösung des Parlaments für die herrschende alnationaltschechische Koalition zu einer unweigerlichen Notwendigkeit wurde.

Den Genossen im Ausland sind die politischen Verhältnisse in der Tschechoslowakei vielfach vollkommen fremd. Sie sind sehr erstaunt, wenn sie auf „Tschechoslowaken" stoßen, die kein Wort „tschechoslowakisch" verstehen, wobei gleich bemerkt sei, daß es eine tschechoslowakische Sprache überhaupt nicht gibt, sondern nur eine tschechische Sprache und eine von ihr allerdings nicht sehr wesentlich verschiedene slowakische Sprache. Die Tschechoslowakei ist **ein typischer Nationalitätenstaat** (Tschechen, Slowaken, Deutsche, Magyaren, Polen, Ukrainer, Juden), ein verkleinertes Alt-Oesterreich. Die herrschende Nation sind die Tschechen; die herrschende Bourgeoisie ist die tschechische Bourgeoisie, eine junge, kräftige, brutale und sehr intelligente Bourgeoisie, welche den gesamten Staatsapparat in Händen hält, die Großbanken in ihrer Mehrzahl bereits erobert hat und die mutig daran geht, die Industrie, die zu einem großen Teil in deutschen Händen ist, zu erobern. Die Tschechen sind, genau genommen, in der Minderheit (6 Millionen). Bloß durch die Fiktion einer einheitlichen tschechoslowakischen Nation ist eine in der Mehrheit befindliche Staatsnation (8 Millionen von 13½ Millionen) konstruiert worden. In Wirklichkeit sind die Slowaken, ungefähr 2 Millionen der Gesamtbevölkerung von 13½ Millionen, eine eigene Nation, da sie durch Jahrhunderte hindurch von der tschechischen Stammnation wirtschaftlich und historisch vollkommen getrennt lebten und sich entwickelten. Die größte nationale Minderheit und die wirtschaftlich kräftigste sind die mehr als **3 Millionen Deutschen,** die in Böhmen und Mähren teils in geschlossenen Gebieten das Randgebiet des Staates bevölkern, teils (auch in der Slowakei) in gemischtsprachigen Gegenden und Sprachinseln leben. Sie haben einen großen Teil der Industrie des Staates in Händen; hat doch die Tschechoslowakei 75 Prozent der Industrie des alten Oesterreich übernommen. Die Textilindustrie, die in der Tschechoslowakei allein gegen 160 000 Arbeiter beschäftigt, ist überwiegend in deutschen Händen. Ebenso die Glas- und Keramindustrie. Die deutsche Bevölkerung ist zum kleineren Teil Landbevölkerung, zum größeren Teil Stadt- und Industriebevölkerung. Die tschechische Bevölkerung hingegen, und vor allem die slowakische, ist in ihrer großen Mehrheit Agrarbevölkerung; bloß die Bewohner der Großstädte und die Berg- und Metallarbeiter sind vorwiegend Tschechen.

Das Land wird seit der Gründung des Staates von einer **Koalition aller tschechischen Parteien,** von der stockreaktionären Nationaldemokratie (Kramarsch) bis zur tschechischen Sozialdemokratie regiert. In der Regierung sitzen vor allem fünf Parteien: die Nationaldemokraten, die Partei der französisch orientierten Großbourgeoisie und großen Banken; die tschechischen Klerikalen; die tschechischen Agrarier, welche durch die sogenannte Bodenreform, die nationalistisch und korruptionistisch ein Musterbeispiel für sich darstellt, eine neue Agrarbourgeoisie an Stelle der altösterreichischen Feudalherren gesetzt haben; dann **die tschechischen Sozialisten** (wohl zu unterscheiden von den Sozialdemokraten und den Hakenkreuzlern, eine Partei radikaler, sozialistisch fühlender aber durchaus nationalistisch eingestellten Kleinbürger, Beamten und Arbeiter) und schließlich die **tschechischen Sozialdemokraten.**

Diese fünf Parteien haben durch den berühmten Fünf-Männer-Ausschuß „Pjetka" genannt, bisher den Staat regiert. **Es ist klar, daß diese Regierung den breiten Massen nichts als Verelendung und Not brachte.** Die Regierung besaß im alten Parlament eine ganz schwache Mehrheit. Die Opposition bestand nebst den Kommunisten aus allen nationalen Minderheiten, aus ungefähr 70 deutschen Abgeordneten, aus den magyarischen Abgeordneten und auch aus der autonomistischen reaktionären slowakischen klerikalen Volkspartei, die vielfach Sympathien für Horthy-Ungarn hegt, da doch die Slowakei bis 1918 ein Teil Ungarns gewesen war. **Die Koalitionsregierung kam in der letzten Zeit in immer größere Schwierigkeiten: die Arbeiter, die Beamten stellten immer neue Forderungen. Lohndruck, Teuerung, Massenabbau der Staatsangestellten, eine schwindelhafte Sozialversicherung, brutale Kolonisierung in der Slowakei und Karpatho-Rußland, Unterdrückung der nationalen Minderheiten usw., Uneinigkeit in der Koalition,** die innerlich immer mehr zerfiel, weil jede einzelne soziale Gruppe mit ihren Forderungen kam, hierzu kamen noch die außenpolitischen Schwierigkeiten, welche der Tschechoslowakei als einem **Vasallen Frankreichs** erwuchsen und der Zerfall der **Nationaldemokratischen** Partei in einen national gemäßigten, englandfreundlichen Flügel und in einen ultrakonservativen chauvinistischen Flügel. All das trieb die Regierung dazu, **vorzeitige Wahlen auszuschreiben.**

Die Regierung rechnet so: Falls durch einen Wahlsieg der Kommunistischen Partei, welche die einzig ernste Gegnerin der Regie-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019251024-18/fragment/page=0001

rung ist, die Regierung um ihre Mehrheit kommt, dann bleibt noch der Ausweg des Ausgleichs mit der deutschen Bourgeoisie, der auch von deutscher Seite von einer Reihe gemäßigter Parteien, so von den Klerikalen und Landbündlern und den deutschen Sozialdemokraten seit langer Zeit vorbereitet wird.

Die **Kommunistische Partei**, die vergeblich durch die von der Regierung vorgeschickten Spione während der Abspaltung der Bubnik-Gruppe (das sind die tschechoslowakischen Liquidatoren) erschüttert wurde, **geht in diesen Wahlkampf innerlich geschlossen und mit großer Begeisterung.** Die Bubnikgruppe zählte im aufgelösten Abgeordnetenhaus **acht Abgeordnete, die kommunistische Fraktion** (die aus den alten 1920 gewählten sozialdemokratischen Fraktionen entstand) **19 Abgeordnete. Dieses Zahlenverhältnis** entspricht aber absolut nicht den **wirklichen Verhältnissen.** Unsere Partei zählt **gegenwärtig 100 000 zahlende Mitglieder**, die Bubnik-Gruppe wohl **kaum** 3000 oder 4000. Sie wird in den bevorstehenden Wahlen, vielleicht in Brünn, **aber** auch das ist äußerst fraglich, höchstens ein Mandat erreichen können, während die Kommunistische Partei ihre Sitze mindestens auf **30 bis 35 erhöhen** dürfte.

Die Kommunistische Partei geht in diesen Wahlkampf nach einer schweren Krise. Sie hat diese Krise endgültig, vor kurzem, auf ihrem dritten Parteitag liquidiert. Wenn auch noch mancherlei organisatorische Mängel bestehen, so zeigt es sich jetzt bereits, daß die Partei durchaus schlagfertig ist und die brutalsten Verfolgungen unserer Partei — ein Schutzgesetzurteil sagt das andere, dutzendweise sitzen unsere Vertrauensleute in den Gefängnissen — mit Ruhe und Entschlossenheit überwindet. **Der große Hochverrats- und Spionageprozeß** gegen die Generalsekretäre unserer Partei, Jilek, Heuser und Neurath, der unmittelbar vor den Wahlen inszeniert wurde, ist vor wenigen Tagen **kläglich zusammengebrochen** und aufbestimmte Zeit **vertagt** worden. Es hatte sich herausgestellt, daß der ganze Prozeß eine gewöhnliche Spitzelmache war. Zwei Briefe, welche als Hauptbelastungsmaterial gegen den Genossen Jilek verwendet wurden, wurden von den Schriftsachverständigen als Spitzelfälschungen festgestellt!

Unsere Partei wurde in den letzten Wochen durch den **Beitritt der „Unabhängigen sozialistischen Partei“**, die sich vor zwei Jahren von den tschechischen Sozialisten unter der Führung des ehemaligen Anarchisten (merkwürdigerweise auch Ministers) Urbenskys abgesplittert hatte, um einige tausend Mitglieder verstärkt. Es handelt sich, was die Parteimitgliedschaft betrifft, um durchaus alte, revolutionäre, erprobte tschechische Arbeiter, und zwar **meistens um Bergarbeiter.** Dieser Beitritt hat mehr eine moralische als eine zahlenmäßige Bedeutung.

Unsere Partei geht in den Wahlkampf mit einem klaren Programm. Sie hat **300 Kandidaten aller Nationalitäten** aufgestellt, dies ist allein schon eine gewaltige Demonstration in diesem von nationalen Kämpfen durchwühlten Staat, in welchem es sechs verschiedene nationale sozialdemokratische Parteien gibt. Die Partei kandidiert einen Teil der alten Führer, die im Block mit der Linken vereinigt die Partei führen, in der großen Mehrzahl aber kommen neue jüngere Elemente in die Fraktion. Die Partei kandidiert **in übergroßer Mehrzahl Arbeiter aus den Betrieben und Kleinbauern.**

Der Ausgang der Wahlen ist ansonsten vollkommen unsicher. Die deutschen Parteien, die zuerst versuchten, eine Einheitsliste zustandezubringen, kandidieren in sieben Listen zersplittert. Die Kommunistische Partei kämpft nicht nur gegen das halbe Dutzend von Bourgeoisien, sie kämpft gegen den Nationalismus, der nicht zuletzt von dem halben Dutzend sozialdemokratischer Parteien gehegt und gepflegt wird. Sie kämpft gegen den Terror der Regierung, welche der Partei alle möglichen Schwierigkeiten zu bereiten sich bemüht. Der Wahlkampf fällt zusammen mit einem der größten Lohnkämpfe, die in Böhmen seit Jahrzehnten geführt wurden. Fast 20 000 Textilarbeiter stehen in Nordböhmen wegen einiger Lohnheller im Streik oder in der Aussperrung. Die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei wird in allen diesen Kämpfen ihre Aufgabe voll und ganz erfüllen.

Uns allen ist um den Ausgang des Wahlkampfes gar nicht bange. Wir wissen, daß die tschechoslowakische Arbeiterschaft, die bei den Gemeindewahlen 1923 über eine halbe Million Stimmen für uns abgegeben hat, bei den Parlamentswahlen nach all den Verfolgungen und Mißhandlungen unserer Partei erst recht **mit uns gehen** wird!

Locarno-Krise bei den Deutschnationalen

Westarp schmettert wieder sein „unannehmbar“ — bis auf weiteres!

(TU.) **Berlin**, 23. Oktober. Der Parteivorstand und die Landesverbandsvorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei traten heute vormittag in Berlin zu einer Sitzung zusammen. Sie wurde eingeleitet durch eingehende Ausführungen des Parteivorsitzenden Dr. Winckler. Graf Westarp erstattete den Bericht über die politische Lage, wie sie durch den Ausgang der Verhandlungen von Locarno sich gestaltet hat. Nach einer eingehenden Aussprache faßte die Versammlung zum Schluß der Sitzung folgenden Beschluß:

„In Fortführung der von der deutschnationalen Reichstagsfraktion bereits ergriffenen Initiative erklären der Parteivorstand und die Landesverbandsvorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei: das nunmehr vorliegende Vertragsergebnis von Locarno ist für die Partei unannehmbar.“

Graf Westarp kündigte zum Schluß der Sitzung an, daß er die **deutschnationale Reichstagsfraktion auf Sonntag nachmittag** einberufe, um nach diesem Beschluß über die erforderlichen Schritte der Fraktion zu verhandeln. Wie wir hierzu von gut unterrichteter deutschnationaler Seite erfahren, werden die weiteren Schlußfolgerungen erst gezogen werden, nachdem die Fraktion ihren Beschluß gefaßt hat.

*

Die „Rote Fahne“ schreibt zu dem Abstimmungsbeschluß:

„Wenn der Beschluß der Deutschnationalen Volkspartei nicht nur ein Wahlmanöver sein soll, zum Zwecke des Massenbetruges bei den Stadtverordnetenwahlen in Berlin und den Landtagswahlen in Baden, dann ist allerdings die Konsequenz des Beschlusses der **Austritt der deutschnationalen Reichstagsfraktion aus der jetzigen Regierungskoalition.** Die deutschnationale Reichstagsfraktion sowie die deutschnationalen Minister sind bereit, dem Pakt bedingungslos ihre Zustimmung zu geben. Sie stehen jedoch **unter dem Druck der deutschnationalen Organisationen.** Diese wollen vor der deutschnationalen Wählerschaft nicht noch einmal die Verantwortung zu einem **politischen Bankrott wie in dem Falle der Aufwertung und der Dawes-Gesetze** übernehmen. Die furchtbare **Abwanderung der Anhängerschaft in andere Parteilager** war maßgebend für den Beschluß des deutschnationalen Parteivorstandes und der Landesvorsitzenden.

Entscheidend für das Schicksal des Landsknechtpaktes sind jedoch nicht die Gemütswallungen deutschnationaler Oberlehrer und hysterischer Tanten, **entscheidend für den Verkauf Deutschlands an den westlichen Imperialismus ist das Interesse der Schwerindustrie und des Großkapitals.** Diese wollen einen Bruch mit der Entente. Sie wissen sehr gut, daß im gegenwärtigen Augenblick auf der Basis von Locarno mit der Entente gearbeitet werden muß. Um Kredite zu erlangen, sind die deutschnationalen Kapitalisten gezwungen, **mehr Wert auf die Gunst Chamberlains und Morgans zu legen, als auf das nationalistische Gebell schwarzweißroter Hakenkreuzler.** Die Interessen des Großkapitals werden also auch in letzter Linie die Haltung der Deutschnationalen bestimmend beeinflussen.“

Diese Stellungnahme bestätigt voll und ganz der **deutschnationale „Lokal-Anzeiger“**, der sich folgendermaßen äußert:

„In den Reihen der Deutschen Volkspartei ist man, wie wir hören, entschlossen, **die bisherige Zusammenarbeit mit der Deutschnationalen Volkspartei** in der Reichsregierung über den Besangenpunkt, der jetzt eingetreten ist, hinaus **zu retten.** Die Folgen eines Bruches der bisherigen Koalition werden für ganz unabsehbar gehalten. Sollte es zur Reichstagsauflösung und danach abermals zu einem Wahlkampf kommen, so wäre gar nicht abzusehen, **wie die auswärtige und innere Politik der letzten Monate**, an den die Deutschnationale Volkspartei entscheidend mitgewirkt hat, **fortgesetzt werden könnte.** Die Deutsche Volkspartei wird jedenfalls alles aufbieten, in den nächsten Tagen einen **Ausgleich der hervorgetretenen Gegensätze zu ermöglichen.** Jedenfalls wird mit Nachdruck betont, daß durch den gestrigen Beschluß des erweiterten Vorstandes der Deutschnationalen Volkspartei **noch keine endgültige Aenderung der politischen Lage** herbeigeführt ist.“

Noch immer Verurteilungen Hamburger Oktoberkämpfer

Im ganzen jetzt 1000 Jahre Zuchthaus, Gefängnis oder Festung verhängt

Hamburg. Gestern hat die politische Strafkammer 7 in **H. ihre Tätigkeit gegen Oktoberkämpfer wieder aufgenommen. Es wurden zwei Genossen verurteilt und zwar zu 2 Jahren 3 Monaten bzw. 3 Jahren 6 Monaten Festung. Während der Verhandlung wurde mitgeteilt, daß Sipo-Oberleutnant Kosa, der wegen bestialischer Mißhandlungen gefangener Oktoberkämpfer angeklagt war und gegen den selbst der Staatsanwalt ein Jahr Zuchthaus beantragt hat, amnestiert ist. Die Zahl der verurteilten Oktoberkämpfer ist nunmehr auf 500 gestiegen, die zusammen 1000 Jahre Zuchthaus, Gefängnis und Festung erhalten haben.**

★

Gerade heute sind es genau zwei Jahre her, da die heldenmütigen Hamburger Barrikadenkämpfer ihren Kampf begannen. Es kennzeichnet die Situation, daß die kapitalistische Rachejustiz noch heute Vergeltung übt für den damals ausgestandenen Schrecken der Bourgeoisie.

Wir werden die Hamburger Oktoberkämpfe noch ausführlicher politisch werten, heute widmen wir jedoch bereits unseren proletarischen Helden unsere „Leben-Wissen-Kunst“-Beilage.

Die Korruption im Reiche Hörsings

Zwei Direktoren der „Esag“ verhaftet!

Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft sind bereits am Mittwoch die beiden Direktoren des Elektrizitätswerkes Sachsen-Anhalt (Esag), Haggenmüller und Macha verhaftet worden. Wie wir hören, soll es sich um Unregelmäßigkeiten in der Buchführung handeln, die durch eine Kontrolle des Verbandes aufgedeckt worden sind. Die Verhafteten befinden sich in Untersuchungshaft in Zeitz.

Ein Ermittlungsverfahren gegen Emil Barth

Berlin, 24. Oktober.

Die preußische Regierung hat gegen den früheren Volksbeauftragten Emil Barth wegen seiner Rede in Bitterfeld, wo er Hindenburg beleidigt haben soll, ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, ebenso gegen den SPD.-Landrat Stammer, der die Beleidigungen geduldet hat.

Das Mordsystem an den Chemieproleten

(Fortsetzung von der 1. Seite)

Wenn das Staatsministerium behauptet, alle bei der Explosion Verletzten seien rechtzeitig verbunden worden, so steht demgegenüber fest, daß

den Schwerverletzten erst eine halbe Stunde nach der Explosion ärztliche Hilfe zuteil wurde. Eine Frau mußte demzufolge verbluten. Wären die Hilfstruppen der Arbeiter-Samariter-Kolonne Niesteritz den Schwerverletzten nicht zu Hilfe geeilt, so wäre das Unglück noch viel größer gewesen.

Gerade der Selbsthilfe der Arbeiter ist es zu verdanken, daß nicht noch mehr Opfer verbluteten.

Genosse Lademann stellte also **einwandfrei die Schuld der Profithyänen von Reinsdorf** fest und beantragt, daß durch die Annahme der gestellten Anträge unbedingt Abhilfe geschaffen wird.

Der Volksparteiler Dr. Pinkerneil beantragte, die große Anfrage und die Anträge als erledigt zu erklären. Der Ausschuß war jedoch anderer Meinung. Er konnte sich nicht so offen über die Beweise des Genossen Lademann hinwegsetzen. Auch Herr Regierungsrat Mende konnte nichts der Beweisführung Lademanns entgegensetzen. **Die SPD. kam diesen Leuten zu Hilfe und beantragte die Vertagung des Falles Reinsdorf, um am nächsten Donnerstag noch einmal zu den Dingen Stellung zu nehmen. Trotz des Protestes unserer Genossen wurde so beschlossen.**

Die Herren wollen Zeit gewinnen, um die gestellten Anträge umgehen zu können. Die Kommunisten werden Sorge tragen, daß ihnen das brutale Spiel mit dem Leben der Arbeiterschaft in den Pulverbetrieben nicht gelingen wird!

Zechenunglück bei Dortmund

Sechs Tote als Opfer des Antreibersystems

Dortmund, 22. Oktober.

Heute morgen gegen 8 Uhr verunglückten auf der Schachtanlage Germania III/V in Marten bei Dortmund sechs Bergleute tödlich. Sie hatten verbotswidrig (man kennt diese Argumente der Direktionen zur Genüge! — D. Red.) einen Blindschacht betahren, wobei das Seil riß. Sämtliche Verunglückten stammen aus Marten. Von ihnen waren drei verheiratet und drei ledig.

*

Oelsnitz i. E., 22. Oktober.

Heute, Donnerstag, verunglückte in der Frühschicht auf dem Hedwig-Frieden-Schacht der Bergarbeiter Aug. Kulik tödlich. Auf der Strecke wurde er durch einen Kohlenwagen am Kopfe und Brust gequetscht. Der Kamerad Kulik ist Oberschlesier und Mitglied unserer Partei sowie der Internationalen Arbeiterhilfe.

Zum Jungarbeiterkongreß in Halle

am morgigen Sonntag

Die Einladung der russischen Jugend an die deutschen Jungarbeiter, eine Delegation von jungen Arbeitern nach Sowjet-Rußland zu schicken, um mit eignen Augen die wirklichen Zustände in Rußland zu betrachten, hat in breiten Schichten jugendlicher Arbeiter und Lehrlinge großes Interesse und Begeisterung erweckt. In unserem Industrie-Gebiet haben bei anderen Anlässen noch nie soviel Jugendversammlungen, vor allem aber Belegschaftsversammlungen der Jugendlichen stattgefunden, als gerade bei der gegenwärtigen Kampagne für die Entsendung einer Jugenddelegation nach Sowjet-Rußland. Das ist das beste Zeichen dafür, daß es denjenigen Kreisen, die ein Interesse daran haben, die Solidaritätsbestrebungen der deutschen mit der russischen Jugend zu verhindern, nicht gelingen wird, in Zukunft die internationale Solidarität zu ersticken.

Am **Sonntagvormittag 10 Uhr** treten nunmehr in **Halle im „Volkspark“** die Delegierten, die in den Betriebsversammlungen der Jugendlichen gewählt sind, zu einem **Jungarbeiterkongreß** zusammen. Folgende Tagesordnungspunkte stehen zur Behandlung:

1. **Das Leben und die wirtschaftliche Lage der russischen Jugend.** (Referent: Der Rußland-Delegierte Lüttich.)
2. **Die wirtschaftliche Lage der jungen Arbeiter in Mitteldeutschland.** (Jugendgenosse Fritz.)
3. **Wahl der Jugend-Delegation nach Sowjet-Rußland.**

Welche Aufgaben hat dieser Kongreß? Neben der Entgegennahme eines Berichtes über die Lage der russischen Jugend und der Wahl der Delegation nach Rußland selbst, steht im Vordergrund die Besprechung der **Lage der Jugend in Mitteldeutschland.** Aber damit hätten wir nichts erreicht, und den jugendlichen Arbeitern ist nichts gedient, denn mit der allgemeinen Lage der Jugend beschäftigen sich auch andere Organisationen und Institutionen, stimmen Klagelieder über das Elend, Verrohung und Demoralisierung der Jugend an, fassen Beschlüsse und Resolutionen, die von den maßgebenden Körperschaften unserer „demokratischen Republik“ niemals zur Durchführung gebracht werden. Der mitteldeutsche Jungarbeiterkongreß muß davon ausgehen, daß den Ausbeutungsmethoden, Mißhandlungen von Lehrlingen usw. nur mit Erfolg entgegengetreten werden kann, wenn das **gesamte Jungproletariat** auf einer bestimmten Grundlage und Kampfbasis zusammengefaßt in sich **einig und geschlossen** im Verein mit den erwachsenen Klassengenossen sich aktiv gegen derartige Mißstände wehrt.

Die breiten Massenorganisationen der Arbeiterschaft sind die **Gewerkschaften**, die auch auf verschiedenen Konferenzen bestimmte Forderungen für die Jugend aufgestellt haben, aber bisher noch nie ernstlich sich bemüht haben, eine auch nur teilweise Durchführung dieser Forderungen zu erkämpfen. Deshalb hat der Kongreß vor allem die Aufgabe, die gesamte mitteldeutsche Jugend **für den Kampf um diese gewerkschaftlichen Mindestforderungen zu mobilisieren** im Verein mit einer breiten Agitation **für den Eintritt in die freien Gewerkschaften.**

In diesem Sinne müssen auch in allen Orten Mitteldeutschlands **Einheitskomitees gebildet** werden, die auf der **Grundlage der Betriebe** den Kampf um die gewerkschaftlichen Jugendforderungen organisieren. Das sei das Leitmotiv und Ziel des Jungarbeiterkongresses am morgigen Sonntag in Halle.

Insbesondere wird der Kongreß sich nach der Konferenz der kapitalistischen Mächte in Locarno sich nicht entschließen für eine Westorientierung, sondern **für den engsten Anschluß nach dem Osten, an Sowjet-Rußland.**

Immer mehr junge Arbeiter für die Jugenddelegation nach Rußland

In der letzten Woche fanden noch verschiedentlich **Jugend-Versammlungen** statt, die zur Jungarbeiter-Delegation Stellung nahmen. In Halle selbst beschäftigten sich auch die jungen Bauarbeiter mit diesem Thema. Nach einem Referat des Genossen Beyling, welcher die Bedeutung der Jugend-Delegation schilderte, nahm die Versammlung der Bauarbeiterjugend folgende Entschließung an:

Die heute im „Volkspark“ vertretenen jungen Bauarbeiter begrüßen die Einladung der russischen Jugend, eine Delegation junger Arbeiter von Deutschland nach Sowjet-Rußland zu entsenden.

Auch die jungen Arbeiter vom Bau werden sich mit allen verfügbaren Mitteln für die Entsendung der Delegation einsetzen, die der Jungarbeiterschaft Gelegenheit gibt, sich über die Lage und das Leben der russischen Jugend zu informieren. Die Versammlung wendet sich in diesem Sinne an die gesamte Bauarbeiterjugend mit dem Hinweis, Vertreter zu dem Jungarbeiter-Kongreß zu entsenden und damit praktisch die Jugend-Delegation zu unterstützen.

Am gleichen Abend nahm der Rote Jungsturm von Halle zur Jugend-Delegation Stellung. Auch hier wurde ein Referat des Genossen Karl über die Notwendigkeit der Jungarbeiter-Delegation sehr beifällig aufgenommen.

*

Wir werden gebeten, folgendes bekanntzugeben:

Einheits-Komitee für Jugenddelegation

Morgen, Sonntag, vormittag ½8 Uhr im „Volkspark“ (Dachdeckerzimmer) Sitzung.

Belegschaften gegen Locarno, für Sowjet-Rußland

Anerkennung der proletarischen Hilfstätigkeit der IAH.

Eine Belegschaftsversammlung der Firma **Andreas Haaßengier, Metallgießerei und Maschinenfabrik, Halle**, die von allen Kollegen besucht war, nahm nach Entgegennahme eines Referats: „8 Jahre Sowjet-Rußland — 4 Jahre IAH.“ folgende Entschließung einstimmig an:

Die der IAH. bereits korporativ angehörende Belegschaft verpflichtet sich, durch aktive Mitarbeit des Werk der proletarischen Selbsthilfe weiter auszubauen.

Die am 23. Oktober 1925 tagende Betriebsversammlung der Belegschaft von Haaßengier erblickt in dem Pakt von Locarno ein Mittel, auch Deutschland in die Front der kapitalistischen Staaten einzureihen, die unter Führung der englischen konservativen Regierung den ersten Arbeiterstaat der Welt — Sowjet-Rußland — durch wirtschaftliche Isolierung und militärischen Machtmittel niederringen wollen. Wenn den Kapitalisten dieses Vorhaben gelingt, so würde der einzigste Stützpunkt der proletarisch-revolutionären Bewegung für die Werktätigen aller Länder, somit auch für die deutsche Arbeiterschaft, vernichtet.

Um das zu verhindern, muß der Kampf gegen Reaktion und Ausbeutung im eigenen Lande rücksichtslos und in geschlossener Front aller sich ihrer Klassenlage bewußten Werktätigen geführt werden.

Die Internationale Arbeiterhilfe, die bei der Hungersnot 1921 mit Erfolg Millionen Proletarier in allen Ländern zur aktiven Unterstützung Sowjet-Rußlands aufforderte, will auch führend an der Schaffung der gewerkschaftlichen Einheitsfront im internationalen Maßstabe mitarbeiten. Ihr Kampfruf lautet: „Gemeinsame Klassenfront gegen den gemeinsamen Klassenfeind!“

Unter Mitwirkung der IAH. wurde das russisch-englische Einheitskomitee, wie auch die englischen und deutschen Arbeiterdelegationen nach Sowjet-Rußland gebildet.

Die großen Hilfsaktionen in Japan, China, wie auch in Deutschland anläßlich großer Streiks und Aussperrungen bewiesen, daß die IAH. proletarische Hilfsbereitschaft in der Tat und nicht nur in Worten ausübt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019251024-18/fragment/page=0002

Der Reichs-Schulgesetzentwurf

III. Die Sozialdemokratie in der „Opposition"

Das Ergebnis unserer Untersuchung im zweiten Artikel war: **Die Reichsverfassung selbst steht der Einheitlichkeit und Weltlichkeit des Schulwesens im Wege. Auf diesem Boden muß jedes Ausführungsgesetz die Schule zerschlagen und der Kirche den entscheidenden Einfluß geben.**

Das wußte im Jahre 1919 noch ein Teil der führenden sozialdemokratischen Schulpolitiker. Der preußische Unterrichtsminister Hänisch erklärte damals, **das Weimarer Kompromiß „schlage den großen Gedanken der Einheitsschule geradezu ins Gesicht".** Der Führer der entschiedenen Schulreformer, Professor Paul Oestereich, weiterte in seiner „Neuen Erziehung" gegen den „Vorwärts", der mit dem Ruf „Die Bahn ist frei!" die Geburt des Bastards aus dem Liebesverhältnis mit den Schwarzröcken begrüßt hatte. Der beste Kronzeuge aber ist unfreiwilligerweise der Vater des Kompromisses selbst, der Sozialdemokrat Heinrich Schulz, bis vor kurzem Staatssekretär im Reichsamt des Innern: der Schulgesetzentwurf, den er selbst im Jahre 1921 dem Reichstag vorlegte, bringt bereits die abstoßenden Züge des jetzigen Entwurfs. Auch er präsentierte mehrere (!) nach Religion oder Weltanschauung verschiedene Schularten, auch er verlangte **keine** Abstimmungen in den bestehenden christlichen Volksschulen, auch er stimmte **für die Bekenntnisschulen.** Die Lehrer **müssen** dem Bekenntnis angehören, für das die Schule bestimmt ist (§ 3). Die Lehrbücher können **„der Eigenart des Bekenntnisses angepaßt sein".** Und die amtliche Begründung besagt dazu: „Die Bekenntnisschule ist für ein religiöses Bekenntnis bestimmt, **der gesamte und namentlich der die Gesinnung bildende Unterricht ist daher im Geist dieses Bekenntnisses zu erteilen."**

Das sozialdemokratische Produkt von 1921 und das deutschnationale von 1925 ähneln sich also in den entscheidenden Punkten wie zwei faule Aepfel vom selben Stamm. Dies muß die Arbeiterschaft wissen, um die Stellungnahme der sozialdemokratischen Partei gegen den jetzigen Entwurf richtig zu beurteilen.

Nämlich auch 1921 und 1922 „opponierte" diese ehrenwerte Partei — gegen ihren eigenen Vertrauensmann in der Regierung. Jetzt **will** sie dasselbe Spiel spielen. Ueberall verkündet die Sozialdemokratie, daß sie **für die Weltlichkeit der Schule eintrete.** Gleichzeitig aber **denkt sie nicht daran, sich von dem Weimarer Kompromiß loszusagen.** Sie denkt nicht daran, den Arbeitern zu sagen, daß die Reichsverfassung der Einheitlichkeit und Weltlichkeit entgegensteht, und sie denkt nicht daran, **den Kampf** gegen diese Verfassungsbestimmungen aufzunehmen. Im Gegenteil: Auf dem **Parteitag in Heidelberg** hat man soeben **erst** eine Resolution angenommen, in der das Weimarer Kompromiß als ein Versöhnungswerk gepriesen wird. Und am 3. Oktober erklärte der bekannte Berliner Schulrat **Dr. Löwenstein als Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion** in einer Sitzung des Kartells weltliche Schule, daß seine Partei es ablehne, die Verfassungsfrage aufzuwerfen und sich gegen das Kernstück des Weimarer Kompromisses, den Artikel 146, Absatz 2, zu wenden, wie das die „Gemeinschaft proletarischer Freidenker" in einer Entschließung mit Recht fordert. Danach ist es klar; die Sozialdemokratie verharrt auf dem Irrwege, auf dem sie 1919 das Proletariat geführt hat. Sie weiß genau, daß der Absatz 2 des Artikels 146 der Einheitlichkeit und Weltlichkeit des gesamten Schulwesens entgegensteht, daß dieser Kardinalfehler auch **in jedes** Gesetz zur Ausführung dieser Verfassungsbestimmungen übergehen muß. Löwenstein verriet, von den kommunistischen Vertretern in die Enge getrieben, worauf seine Partei hinaus will: **Spaltung des Schulwesens in möglichst engherzige Bekenntnisschulen auf der einen, möglichst tolerante „weltliche" Schulen auf der anderen Seite.**

Damit ist die Katze aus dem Sack! Die Sozialdemokratie macht sich kein Gewissen daraus, die übergroße Masse der Kinder des Proletariats der rücksichtslosesten, verbohrtesten Schulreaktion zu überlassen. Wer möchte diesen geriebenen Politikern den schlechtgespielten Optimismus glauben, daß bei den gegenwärtigen Kräfteverhältnissen zwischen Bourgeoisie und Proletariat die paar „weltlichen" Schulen, und wenn sie sich noch um ein Dutzend vermehren, mit den christlichen Schulen konkurrieren können? In demagogischer Weise denunziert man vor dem Proletariat die Kommunisten als diejenigen, die der Arbeiterschaft durch ihren Sturm gegen den Absatz 2 des Artikels 146 und ihre Kritik an den heutigen „weltlichen" Sammelschulen auch noch diese letzte Errungenschaft auf dem Schulgebiet nehmen wollen. In Wahrheit hat man sich damit abgefunden, daß die Kirche über 98 Prozent Schulen das Szepter schwingt, und will das klassenbewußte Proletariat dem elenden Surrogat von ein paar Schulen trösten, die **nach der offiziellen Erklärung der SPD.** keine proletarische Klassenschulen sein sollen. Dabei scheuen sie sich nicht, sich als Vorkämpfer der Weltlichkeit aufzuspielen; genau wie die christlichen Priester gaukeln sie den Massen ein Paradies vor, zu dem in dieser Welt der Koalitionen und Kompromisse kein Weg führt.

Es ist das alte Schauspiel: **Vor den Massen radikale Opposition mit revolutionären Phrasen: im Parlament aber der Kuhhandel mit den alten lieben Koalitionsfreunden auf dem Boden der schiedlich-friedlichen Scheidung.**

Das Proletariat muß dieses Spiel durchschauen und auch im Schulkampf sich einzig von den Grundsätzen und taktischen Erfordernissen des Klassenkampfes leiten lassen. Davon wird ein letzter Artikel handeln.

Aus der Partei

Folgende Beschlüsse wurden in der Plenarsitzung des ZK. am 20. Oktober gefaßt:

1. Zur Frage der Ausgeschlossenen

Das Zentralkomitee ersucht die Bezirksleitungen, sofort eine Nachprüfung der Ausschlüsse vorzunehmen, soweit sie aus politischen Ursachen erfolgt sind. Die Bezirksleitungen sind verpflichtet, bis zur Reichskonferenz dem Zentralkomitee eine Liste der Wiederaufzunehmenden vorzulegen.

Insbesondere ersucht das Zentralkomitee die Berliner Bezirksleitung, auch eine Nachprüfung der wegen ihres Verhaltens in der Gewerkschaftsfrage Ausgeschlossenen einzutreten mit dem Ziel, den größtmöglichsten Teil der Ausgeschlossenen wieder der Partei zuzuführen.

2. Ausschluß Reinhold Schoenlanks

Das Zentralkomitee beschließt:

Der Genosse Reinhold Schoenlank wird aus der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) ausgeschlossen.

Begründung:

Der Genosse Schoenlank hat bei den verschiedensten Anlässen seit 1921 Verstöße gegen die grundsätzliche und taktische Haltung der KPD. gemacht. Gegen ihn schwebt bereits ein Ausschlußverfahren.

Die gegenwärtige Parteiauseinandersetzung veranlaßte den Genossen R. Schoenlank, seine Auffassung in einem Artikel im „Klassenkampf" vom 14. Oktober 1925 niederzulegen. Diese Auffassung hat nichts zu tun mit den Grundsätzen der KPD., sondern sie läuft auf eine Liquidierung der KPD. hinaus.

Schoenlank wendet sich gegen die Gründung der kommunistischen Massenpartei, gegen die Spaltung der USPD. auf dem Parteitag in Halle, die er als einen „nicht wieder gutzumachenden politischen Fehler" bezeichnet.

Er verurteilt die Trennung der italienischen Kommunisten von der Sozialistischen Partei und macht nicht die opportunistische, schwankende Politik dieser Partei, sondern die Politik der KI. für den Sieg des Faszismus in Italien verantwortlich.

Er wendet sich gegen den Kampf, den die KI. gegen das Liquidatorentum in Schweden und Norwegen geführt hat.

Er stellt die Legende auf, daß die KI. Paul Levi wegen seiner Kritik der Märzaktion „vollständig Recht gab"

Er wendet sich gegen die Einstellung der Partei auf entscheidende Kämpfe im Jahre 1923, die er als „Offensivstimmung" bezeichnet.

Er benutzt einen Teil der im Offenen Brief des Ekki aufgezeichneten Fehler der KPD., um den Kampf gegen die Partei, gegen ihre selbständige Organisationsform, gegen ihr Verhältnis zur Komintern, gegen alle ihre taktischen Methoden, gegen ihre Grundsätze aufzunehmen und für ihre Liquidierung einzutreten.

In der Stellung zur Einheitsfront macht er den Versuch, alle Erfahrungen, die sich die KPD. in schwerem Ringen angeeignet hat, durch die Aufgabe jeder selbständigen Politik zu vernichten.

Er propagiert den Einheitsbrei mit den reformistischen Führern und Parteiorganisationen, statt der Einheitsfront mit den Arbeitern.

Im § 1 unseres Statuts heißt es:

„Mitglied der Partei kann jede Person werden, die Programm, Satzungen und die Beschlüsse der Partei und der Kommunistischen Internationale als für sich bindend anerkennt . . ."

Das Zentralkomitee erklärt, die Kommunistische Partei ist eine auf freiwillige Mitgliedschaft aufgebaute Partei, deren Grundsätze, deren Organisationsformen, deren Taktik von den Kongressen der Partei und der Internationale festgelegt werden auf Grund der Erfahrungen der Arbeiterbewegung in Deutschland und den anderen Ländern.

Die Tore der Partei stehen jedem Arbeiter offen, der den Kampf gegen die Bourgeoisie führen will und die Beschlüsse der Partei, an deren Zustandekommen er mitarbeitet, als bindend für sich betrachtet.

Die Tore der Partei sind jedem verschlossen, der den Versuch macht, sich als Agent einer gegnerischen Partei in ihren Reihen zu betätigen und es unternimmt, die Organisation der Partei zu unterminieren, die theoretischen Grundlagen für die Liquidierung der Kommunistischen Partei zu schaffen und die Partei in das Lager des Reformismus zu führen.

Die Partei wird besonders scharf auf alle liquidatorischen Tendenzen und Anschauungen achtgeben in einer Periode, in der sie sich anschickt, durch die Anwendung der Einheitsfrontaktik die Massen des deutschen Proletariats für den Kampf gegen die Bourgeoisie zu sammeln und in der mehr denn je notwendig ist, die Einheit und Klarheit der revolutionären Partei zu schaffen und zu erhalten.

3. Ueber die Kontrolle der Parlamentsabgeordneten

1. Das Zentralkomitee erinnert an die Bestimmungen der 21 Bedingungen über die Aufnahme in die Komintern, der Statuten der KI. und der KPD. bezüglich der strengsten organisatorischen und politischen Unterordnung der Parlamentsfraktionen unter das ZK. der Partei.

2. Diese Bestimmungen sind strenger als bisher in Anwendung zu bringen.

3. Die Reichstags- und Landtagsabgeordneten der Partei dürfen nur mit Genehmigung des Pol-Sekretariats der Partei in den Bezirken tätig sein.

Die Hölle des Strafvollzugs

Eine wuchtige Ankl[illegible]e unseres Genossen Menzel im Landtag

Der Preußische Landtag hat am Freitag die Beratung des **Justizhaushalts** zu Ende geführt. Wie immer an solchen Tagen vor einer Vertagung, vor fast leeren Bänken. Um so mehr müssen die Anklagen des kommunistischen Redners gegen das aller Menschlichkeit und Vernunft hohnsprechende Strafvollzugsverfahren in den Preußischen Gefängnissen und Zuchthäusern in die Oeffentlichkeit, vor allen Dingen unter **die Arbeiter in den Betrieben,** gebracht werden. Wir können leider nur einen kleinen Auszug aus dem umfangreichen Anklagematerial wiedergeben, das der kommunistische Redner vortrug.

Genosse Menzel:

In den Zeitungen liest man seit Jahren, daß der Strafvollzug gemildert werden, auf Erziehung eingestellt werden solle. In den Gefängnissen und Zuchthäusern ist davon noch nichts zu spüren. Die Unterbeamten sind gewiß dazu bereit, aber sie sind zu schlecht bezahlt und viel zu sehr überlastet und dann fehlt es ihnen auch an der entsprechenden Vorbildung, als daß sie wirkliche Erziehungsarbeit leisten könnten. Heute genügt es, wenn der Strafanstaltsbeamte Soldat gewesen ist. Daß diese Leute aber aus der Kaserne nicht das Zeug mitbringen, gefallene Menschen zu erziehen, dürfte jedem vernünftigen Menschen einleuchten. Denn unter den Gefangenen sind sehr viele intelligente Menschen, hat doch ein amerikanischer Arzt in einem großen Gefängnis Intelligenzprüfungen vorgenommen, wobei festgestellt wurde, daß die Gefangenen über 100 Prozent intelligenter waren als die Beamten, die sie betreuen sollten. (Hört, hört! bei den Komm.) Gerade weil wir wissen, daß die Justizwachtmeister heute mit Arbeiten überlastet sind, die überhaupt nicht zu ihrem Amt gehören und weil die Erfahrung lehrt, daß hungrige Beamte am ehsten aus der Rolle fallen, können die Unterbeamten überzeugt sein, daß die Kommunistische Partei zur Herbeiführung eines menschlicheren Strafvollzugs um ihre wirtschaftliche Sicherstellung bemüht sein wird.

4738 Jahre 8½ Monate Zuchthaus- und Gefängnisstrafen

wurden von der deutschen Klassenjustiz in der Zeit vom 1. Januar 1924 bis 15. Oktober 1925

gegen 6458 Klassenkämpfer

wegen ihrer politischen Tätigkeit verhängt. Die Hindenburg-Amnestie hat

aber nur 502 politische Gefangene amnestiert.

Trotz der Amnestie werden weiter furchtbare Klassenurteile gefällt und

es sitzen noch tausende Revolutionäre im Kerker!

Kämpft für ihre Freilassung!
Her mit der Vollamnestie!

Im Gegensatz zu der vernünftigen Auffassung der Strafanstaltswachtmeister standen die Behandlungen des Schlesischen Gefängniskongresses der Strafanstaltsdirektoren und -geistlichen. Ein Gefängnisgeistlicher führte dort aus, daß

allzugroße Humanität im Strafvollzug Unsinn sei.

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.) Nach diesem Motto hat man die vernünftigen Ankündigungen des Preußischen Justizministers von 1922 direkt in das Gegenteil verkehrt. **Wie ganz anders hat man in Sowjet-Rußland den Strafvollzug geregelt.** Dort hat man erkannt, daß es Unsinn ist, ständig Zehntausende von Menschen aus der Produktion auszuschalten. Deshalb hat man die Gefängnisse vollkommen zu **Produktionsstätten gemacht.** Es gibt **dort achtstündige Arbeitszeit und tarifliche Bezahlung,** nach Abzug der Verpflegung und Unterkunftskosten **erhält** der Gefangene den **vollen Ueberschuß ausgezahlt,** den er seiner Familie geben kann. Die Zellen sind nicht verschlossen, die Aufseher stehen den Gefangenen mit Rat und Tat bei. Bei uns in Preußen werden beim Verlassen des Gefängnisses die Leute sofort dem Verbrechen wieder in die Arme getrieben. (Sehr richtig! b. d. Kommunisten.) Bei uns ist noch nicht einmal entschieden, trotzdem der Rechtsausschuß des Landtages darüber verhandelt hat, wer als politischer Gefangener anzusehen ist und wer nicht.

Und so werden gerade die politischen Gefangenen weiter schikaniert,

die Vergünstigung des § 53 Abs. 4 wird ihnen nicht zugesprochen. (Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Wenn ich die große Zahl von Beschwerden über grausamen Strafvollzug durchsehe, dann komme ich auf den Gedanken, daß vom Ministerium darauf hingearbeitet wird, den Strafvollzug zu verschlechtern, anstatt zu verbessern. Wir bekommen diese Beschwerden, trotzdem der Rechtsausschuß es unmöglich machen wollte, daß die Gefangenen an Abgeordnete schreiben. Der Antrag hat natürlich so gelautet: „Briefe an Abgeordnete sind als Privatbriefe anzusehen." Seine Wirkung ist, da die Gefangenen nur alle Monate oder alle Vierteljahre einen Brief schreiben dürfen, den sie zum Verkehr mit ihrer Familie brauchen, daß **die Gefangenen an die Abgeordneten nicht mehr schreiben können.** (Sehr richtig! bei den Kommunisten.)

Wir haben infolgedessen eine neue Methode angewandt, um mit der Blendlaterne in die Schreckenskammer der Zuchthäuser hineinzuleuchten. Als der Abgeordnete Obuch und ich neulich einer Verhandlung im Zuchthaus Werden beiwohnte, die über eine Meuterei urteilen sollte, konnte **einem das Blut in den Adern erstarren.** Dort hat ein Hungerzeuge der Gefangenen wegen schlechten Essens stattgefunden. Faule Haferflocken gab es, Maden und Kakerlaken waren in dem Essen. (Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Mit schweren Mißhandlungen hat man die Gefangenen zum Essen zwingen wollen. Krumm und blutig hat man die Leute geschlagen.

(Hört! Hört! bei den Komunisten.)

Ein Gefangener sagte als Zeuge: **„Und wenn man mir wegen meiner Aussage die Knochen kaputt schlägt, ich werde trotzdem die Mißhandlungen hier in aller Oeffentlichkeit erzählen. Ich bitte aber den Herrn Gerichtsvorsitzenden, daß er mich vor Mißhandlungen schützt."** (Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Dieser Vorsitzende, ein kleiner Niedner, erklärte kalt: **„Das geht uns gar nichts an."** Zu dem schlechten Essen kam in Werden barbarische Behandlung durch zwei Beamte aus der Kaiserzeit. Die herrschten dort wie die Henkersknechte, der Direktor hatte wenig zu sagen. Zu den Kommunisten setzte man Spitzel in die Zelle, die die Gefangenen zu Ausbruchsversuchen überredeten und dann denunzierten. Darauf erschien eine Horde von Beamten bei einem Gefangenen in der Zelle,

fielen wie Bestien über ihn her, zogen ihm das Hemd aus und bearbeiteten ihn mit Schlägen und Fußtritten, bis er blutig zusammenbrach und sperrten ihn nackend, trotz der Kälte, es war im Dezember, in die Arrestzelle, wo außerdem das Fenster offen stand.

(Hört! Hört! und Pfui-Rufe bei den Kommunisten.)

Sie sehen an diesem einen Beispiel, das für viele sprechen soll, die ich in meinen Akten habe, daß **die preußische Republik vom modernen Geiste eines humanen Strafvollzugs wirklich meilenweit entfernt ist.** Im Gegenteil, es herrscht noch immer das alte brutale System, das den Menschen erst körperlich zerbricht, ihn dann geistig zermürbt und ihn endlich unbarmherzig auf die Straße hinausstößt.

Die Arbeiten, die heute den Gefangenen zugemutet werden, müssen die Menschen arbeitsunfähig für die Zukunft und die freie Arbeit machen. Viel anders wirkt auch nicht die Beschäftigung der Gefangenen in der Moorkultur, wo die Menschen wie das Vieh in Baracken liegen, ohne geistige Anregung, ohne ärztliche Hilfe, ohne Badegelegenheit, vollkommen von der Welt abgeschnitten. (Hört! Hört! bei den Kommunisten.) Und was die Gefangenen bei dieser Arbeit verdienen, enthält man ihnen noch vor. **Nach dem Etat werden jährlich 15 Millionen Mk. aus der Gefangenenarbeit eingenommen, aber nur reichlich 2 Millionen Mk. als Arbeitsbelohnung ausgezahlt.** Muß nicht jedem Menschen der Gedanke kommen, daß diese Methode von den Gefangenen

als Diebstahl aufgefaßt wird, den die Gefängnisverwaltung an ihrem verdienten Lohn verübt?

(Sehr richtig! bei den Kommunisten.)

Nun zurück zu dem **Schreckensregiment in den preußischen Strafanstalten.** Ich bekam heute eine bürgerliche Zeitung zugesandt, in der über das Jugendgefängnis in Wohlau berichtet wird. Gegen den Direktor Lukas ist Anklage erhoben worden, weil er in der ihm unterstellten Anstalt ein wahres Schreckensregiment geführt hat. Selbst bei den geringsten Uebertretungen ließ er Gefangene mit Stockschlägen züchtigen. **Er wohnte mit Vorliebe der Vollstreckung bei.** (Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Von der Strafanstalt Celle wird uns berichtet, daß man dort die Gefangenen des Nachts in sogenannte Eisteller sperrt. Das sind Kojen, die Schweineställen gleichen, ohne Heizung sind; **dahinein muß der Gefangene abends, nur mit dem Hemd bekleidet, sich hineinbegeben und die Nacht verbringen. Schon mancher hat sich darin den Tod geholt.** (Hört! Hört! bei den Kommunisten. Zurufe: Was geschieht mit den Mördern?) In Lichtenburg werden die Gefangenen mit dem Worte „Lump" begrüßt. **Der Direktor sagt, daß die politischen Gefangenen alle an die Wand gestellt werden müßten.** Als ein Gefangener anständige Behandlung verlangte, erhielt er sofort sieben Tage Arrest. Als er am zweiten Tage wieder vorgeführt wurde, brüllte man ihn an: „Hast Du Dir das nun überlegt?" Darauf antwortete er: „Ich habe nichts zu überlegen. Ich bin ein Mensch und verlange menschliche Behandlung." Darauf antwortete der Direktor:

„Euch Hunde sollte man zu den Säuen schmeißen, ich werde Euch den dicken Kopf schon noch zurechtrücken. Raus mit dem Mann, 7 Tage Arrest."

Insgesamt hat der Mann drei Wochen in Arrest verbringen müssen. (Hört! Hört! b. d. Komm.) Als der Gefangene vor Antritt der Reststrafe ärztlich untersucht wurde, teilte er mit, daß er im Kriege verschüttet war und seitdem an Krämpfen leide. Da lachte dieser menschenfreundliche Arzt höhnisch: **„Die Krämpfe vergehen schon im Arrest."** (Hört! Hört! bei den Kommunisten. Der Kerl ist ein Sadist.) Der Gefangene wurde nackend in Arrest gebracht. Vier Tage mußte er in einer dunklen Zelle zubringen. Als er sich über diese Behandlung empörte, grinsten einige Wachtmeister: **„Verrecken sollt Ihr alle."** (Hört! Hört! bei den Komm.)

Ich komme zum Schluß, weil meine Redezeit abgelaufen ist und bedauere nur, daß ich nicht dieses ganze Register der preußischen Justizschande vortragen kann. Es ist die höchste Zeit, daß dieses Schandsystem zu Ende gebracht wird. Aber die Arbeiterschaft darf dies nicht von der Regierung oder dem Parlament erwarten. Dieses brutale Zuchthaussystem dient ja gerade zur Niederhaltung der Arbeiterschaft. Solange es Kapital und Arbeit gibt, wird es unmöglich sein, einen menschlichen Strafvollzug durchzuführen. Deshalb kann ich den Arbeitern draußen im Lande nur zurufen:

„Reicht Euch die Hände zum Kampf, schließt Euch zusammen in dem Willen, den Kapitalismus mit seinen Hölleneinrichtungen des Strafvollzugs zu zerbrechen!"

(Lebhafter Beifall bei den Komm.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019251024-18/fragment/page=0003

Selbstverständlich Rahma-buttergleich
MARGARINE

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107 001. Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Bezirksleitungssitzung findet am Montag nicht statt.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Distrikt 13a. Sonnabend, 24. Oktober abends 8 Uhr, im „Turnerschlößchen", Grünstraße, wichtige Distriktsversammlung. Alles hat zu erscheinen.
Stadtverordnetenfraktion. Mittwoch, 28. Oktober, abends 6 Uhr, im „Lüderitzberg" wichtige Sitzung. Alle Genossen müssen erscheinen.
Die Unterbezirkskonferenz für Halle-Saalkreis findet am Sonntag, 25. Oktober, vormittags 9 Uhr, in Halle, Produktiv-Genossenschaft, statt. Die Ortsgruppen werden darauf aufmerksam gemacht, daß der Delegierten-Wahlmodus im Rundschreiben Nr. 9 abgedruckt ist.
Döllnitz. Mitgliederversammlung Sonntag, 25. Oktober, nachm. 2½ Uhr, Parteilokal.
Büschdorf-Reideburg. Mitgliederversammlung Montag, 26. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokal „Nachtigall".

Unterbezirk Mansfeld-Sangerhausen

Kelbra. Mitgliederversammlung Sonnabend, 24. Oktober, abends 8 Uhr, in der „Sängerhalle". Tagesordnung: Ekki-Brief.
Helbra. Mitgliederversammlung Sonntag 25. Oktober, abends 7 Uhr, „Tanne".
Vollstedt. Mitgliederversammlung Sonntag, 25. Oktober, abends 7 Uhr, b. Deutsch.
Ober- und Unterröblingen. Mitgliederversammlung Sonntag, 25. Oktober, vorm. 10 Uhr, im Lokal Henze.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Langendorf. Mitgliederversammlung Sonnabend 24. Oktober, 8 Uhr. Lokal Lorbeer.
Kretzschau. Mitgliederversammlung Sonnabend, 24. Oktober, 7½ Uhr, bei Börner.

Versammlungen des „Roten Frontkämpfer-Bund"

An alle Ortsgruppen des Roten Jungsturms!
Alle Delegierte zu der am kommenden Sonntag im „Volkspark" stattfindenden Jungarbeiter-Delegierten-Konferenz müssen pünktlich früh 9 Uhr zu einer Gaubesprechung im „Volkspark" sein. Sammellisten sind zwecks Abrechnung mitzubringen.
Die Gauleitung.

Gaukonferenz. Die Gaukonferenz findet am 1. November im großen Saale des „Volksparks" statt. Die Ortsgruppen erhalten nur Mandate zugestellt, soweit sie die Oktoberabrechnung und die zwei Berichtfragebogen eingesandt haben.
Die Gauleitung.

Ortsgruppe Halle

Gauvorstand und Gesamtvorstand Halle. Heute abend pünktlich abends 7 Uhr bei Hübner, Kurze Gasse, wichtige Sitzung. Niemand darf fehlen.
Bezirk 1 (Osten). Sonnabend, 24. Oktober, abends 8 Uhr, in Hübners Restaurant, Kurze Gasse, Funktionärsitzung.
Bezirk 1 (Osten). Sonntag, 25. Oktober, vormittags 9 Uhr, im Lokal Hübner, Kurze Gasse, Werbebezirkspflichtversammlung. Mitglieds- und Liederbücher mitbringen.
Bezirk 2 (Süden). Sonntag, den 25. Oktober, vormittags 9 Uhr, in Loeſts Hof, Werbebezirkspflichtversammlung.
Funktionäre. Dienstag, 27. Oktober, abends 8 Uhr, im „Volkspark", große Sitzung.

Jungsturm

Funktionäre. Dienstag, 27. Oktober, abends 8 Uhr, im „Volkspark", große Sitzung.

Unterbezirk Saalkreis

Werbebezirk Dölau. Der Ausmarsch zur Gründungsversammlung nach Brachwitz Sonnabend, den 24. Oktober kann nicht stattfinden.
Die Vorsitzenden der Ortsgruppen Dölau, Nietleben, Zscherben, Schiepzig und Brachwitz treffen sich Sonntag, den 25. Oktober, früh 7 Uhr, in Lettin bei Kämpf. Musikkapelle Dölau mit erscheinen.
Lettin. Sonntag, 25. Oktober, früh 10 Uhr, Pflichtversammlung. Werbematerial mitbringen. Alles muß erscheinen.
Canena. Sonnabend, 24. Oktober, 8 Uhr, Antreten zum Ausmarsch.

Unterbezirk Merseburg

Mücheln. Sonntag 25. Okt., nachm. 3 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Pflichtversamml.

Unterbezirk Mansfeld (Seekreis)

Unterbezirkskonferenz Sonntag, 25. Oktober, nachm. 3 Uhr, im „Hohenzollern", Kreisfeldergasse in Eisleben. Alle Ortsgruppen haben einen Delegierten zu entsenden.
Eisleben. Sonntag 25. Oktober, abends 8 Uhr, im „Hohenzollern", Mitgliederversammlung. Werbematerial abrechnen.
Eisleben. Jeden Dienstag im „Hohenzollern" Uebungsstunde.

Unterbezirk Mansfeld (Gebirgskreis)

Gerbstedt. Sonntag, 25. Oktober, nachm. 3 Uhr, bei Lohmeyer, Pflichtversammlung. Werbemarken mitbringen und abrechnen.
Hettstedt. Sonnabend, den 24. Oktober, abends 8 Uhr, im „Hohenzollern", Pflichtversammlung. Alle Bezirke haben zu erscheinen.

Unterbezirk Mansfeld-Sangerhausen

Sonntag, den 25. Oktober abends 8 Uhr, findet in Artern im Goethehaus ein Werbeabend mit Lichtbildervortrag statt. Für auswärtige Kameraden werden Quartiere besorgt.
Sangerhausen. Sonnabend, den 24. Oktober, 8½ Uhr im „Herrenkrug", Pflichtversammlung. Vertreter der Gauleitung anwesend. Alles muß erscheinen.

Unterbezirk Bitterfeld

Roitzsch. Sonnabend 24. Oktober, findet ein großer Werbeabend statt. Die gesamte Arbeiterschaft ist eingeladen.
Alle Ortsgruppen des Unterbezirks Bitterfeld nehmen geschlossen am Werbeabend in Roitzsch teil am Sonnabend. Abfahrt Bitterfeld 7.08.
Brehna. Freitag, 30. Oktober, abends 8 Uhr, „Zur Erholung", Pflichtversamml.

Unterbezirk Delitzsch

Zschortau. Sonnabend, 24. Oktober 8 Uhr Gasthof Sonntag, Mitgliederversamml.

Unterbezirk Eilenburg

Eilenburg. Sonnabend 24. Oktober, abends 8 Uhr, in der Veranda der „Stadthalle" Pflichtversammlung. Wichtige Tagesordnung. Alles hat zu erscheinen.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Unterbezirkskonferenz. Sonntag, 25. Oktober, vorm. 11 Uhr, findet eine Unterbezirkskonferenz in Falkenberg, „Gesellschaftshaus", statt. Jede Ortsgruppe muß einen Delegierten entsenden.

Unterbezirk Weißenfels

Gröben-Runthal. Sonntag, 25. Okt., 2 Uhr, Gasthof Künchel, Mitgliederversamml.

Unterbezirk Zeitz

Zeitz. Sonnabend, den 24. Oktober, beteiligt sich die gesamte Ortsgruppe am Werbeabend in Luckenau. Ausmarsch 6 Uhr vom Altmarkt. Spielleute zur Stelle.
Theißen. Sonnabend, den 24. Oktober, abends 8 Uhr, im Gasthof Luckenau, Werbeversammlung, verbunden mit Theater. 7 Uhr: Fackelzug.
Ortsgruppe Trebnitz geschlossene Beteiligung am Sonnabend, dem 24. Oktober, zur Werbeversammlung in Luckenau.
Ortsgruppen Naundorf, Dronßig, Kretzschau, Rasberg, Zeitz. Beteiligung an der Werbeversammlung wie Ortsgruppe Trebnitz.

Versammlungen der Roten Hilfe

Friedersdorf Sonnabend, 24. Oktober, „Zum Stern" wichtige Mitgliederversamml.
Teutschenthal. Sonntag nachmittag 3 Uhr wichtige Mitgliederversammlung.

Freyberg Porter

Prämiiert:
Berlin 1896: 2 Gold. Medaillen
intern. Bierausstell. Königsberg
Große silberne Medaille

ist ein

Prämiiert:
Magdeburg 1899: Gold. Medaille
Chemnitz 1899: Gold. Medaille
Leipzig 1900: Gold. Medaille

vorzügliches Stärkungsmittel

für Blutarme, Kranke u. Genesende

Ein Labsal auch für jeden Gesunden, der ein besonders starkes Bier bevorzugt 3503

Es nährt! Es stärkt!

Wie beurteilt der Arzt FREYBERG PORTER?

(Ein Beispiel!)

Sanitätsrat Dr. K. schreibt: Das von der Bierbrauerei von Hermann Freyberg in Halle a. S. hergestellte Starkbier „Deutscher Porter" wird von mir seit Jahren als Stärkungsmittel bei Schwächezuständen, namentlich bei Leuten höheren Alters, gern und mit gutem Erfolg empfohlen. Außerdem verwende ich dieses Bier bei stillenden Müttern wegen seines hohen Malzgehaltes zur Vermehrung der Milchbereitung sehr erfolgreich. Ich würde in meiner Praxis die Verwendung des Deutschen Porters ungern vermissen gez. Sanitätsrat Dr. K.

Stadt-Theater
Sonntag 3½ Uhr
Konsul Blaubart
bei ermäß. Preisen
Sonntag 7½ Uhr
„Fledermaus"
mit den Damen Römer, Kanze, Kühn, Rittmeyer, d. Herren Schütt, Stojewsky, Herlt, Kathammer, Tiedemann, Gollub
Ende 10½ Uhr
Montag 7 Uhr
Tannhäuser

Thalia-Theater
Sonntag 7½ Uhr
Jugendfreunde
Montag 7½ Uhr
„Jugend"

Mappen
Ia. Leder
sehr preiswert
Hugo Krasemann
nur Schmeerstr.
Lederwaren-Haus

Ein fast neuer hoh. Kinderwagen zu verkauf. Gr. Brunnenstr. 59 I

Licht-Spiele
Am Riebeckplatz Gr. Ulrichstr. 51

In beiden Theatern gleichzeitig!
So hat noch kein Film gezündet! Die Begeisterung kennt keine Grenzen!

Die Anneliese von Dessau

6 Akte von Liebe und Ruhm

C. T. am Riebeckplatz	C. T. Gr. Ulrichstraße
Auf der Bühne: Die hallischen Lieblinge: **Gustav Bertram** **Marga Peter** in ihrem musikalischen Sensations-Sketsch: **Der betrogene Betrüger** Tränen werden gelacht!	**Trianon-Woche Nr. 43** Aktuelle Berichterstattung aus aller Welt! Ferner: **Der urkom. Larry Semon** in seiner neuest. Groteske **Zigotto und die Schwarzbrenner** Lachsalven ohne Ende!

Jugendliche haben Zutritt
Anfang Werktags 4 Uhr Sonntags 3 Uhr
Morgen, Sonntag vorm. 11 Uhr veranstalten wir in **unserem Theater Große Ulrichstraße 51**
eine große Matinee-Vorstellung
mit großem Orchester!

Warum
kaufen Sie nicht bei uns
Auf Teilzahlung?
Bettstellen, Matratzen
Waschkommoden mit Spiegel, Kleiderschränke, Wäscheschränke, Vertikos Ruhebetten, Sofas, Flurgarderoben
Große Auswahl Billige Preise!
3?2 **Wochenrate:**
nur 3 Mark!
Eichmann & Co.
Gr. Ulrichstr. 31
Eing. Schulstr.

Musikapparate Schallplatten
Günst. Zahlungsbed.
Reparaturen
Julius Kegel,
Steinweg 53, I. Et.
Bernburger Str. 27

Möbel
Speisezimmer, Schlafzimmer, Küchen,
Einzelmöbel jed. Art
Auch Teilzahlgn.
Letsch, nur
18 Alt. Markt 18
a. d. Moritzkirche 296

Persil
kalt auflösen!

Gebrauchen Sie Persil allein und ohne Zusatz! Es wird in kaltem Wasser aufgelöst, die Wäsche kommt in die kalte Lauge und wird einmal gekocht. — **Das ist die richtige Art zu waschen!** Versuchen Sie es nur ein einziges Mal — Sie gehen nie mehr davon ab!

*3509

Meine
Spielwaren-Ausstellung
und 1728
Puppen-Klinik

ist eröffnet und lade meine verehrte Kundschaft zur zwanglosen Besichtigung meiner Geschäftsräume höflichst ein. Ein Verkauf ist mit der Besichtigung nicht verbunden

Meine Weihnachts-Ausstellung bringt auch in diesem Jahre eine reiche Auswahl guter

Geschenk-Artikel
für
Knaben und Mädchen

Teilzahlungen auf alle Spielwaren

Puppenklinik
Große Auswahl in Ersatzteilen
Perücken, Garderobe usw.
Rechtzeitige Angabe von Reparaturen erwünscht

Adolf Mieth
Markt 21 **Weißenfels** Markt 21

Stadt-Theater
Sonntag, den 25. Oktbr., 11 Uhr:
Öffentl. Generalprobe zum II. Sinfonie-Konzert
Orchester: Stadttheater-Orchester
Leitung: Gen.-Mus.-Dir. **Erich Band**
Solisten: **Vasa Prihoda** (Geige) Berlin, **Else Jörn** (Alt) Halle
Programm: Schumann, Es-dur Sinfonie; Paganini, D-dur-Konzert; Brahms, Rhapsodie f. Mchr. u. Altsolo; Brahms, Nänie f. gm. Chor u. Orch. Ausführende: Der Lehrer-Gesangverein und Robert Franz-Singakademie.
Leitung: Prof. Dr. Rahlwes.
Konzert: Montag, 26. Okt., 7½ Uhr

WALHALLA
Direktion Adolf Vogel Tel. 8385

Nur noch bis 31. Oktober 1925
Großes
Varieté Programm
520 mit
Nicola Lupa berühmter ital. Verwandlgsch.
Gilberts dressierte Tauben
Len Morris amerikanischer Musik-Imitator
Patty Frank Deutschlands beste Akrobaten
Marie Rapps von der ehem. russ. Hofoper
Drei Veras vollendeter Drahtseilakt
Alfred Keßler humoristischer Zauberer
2 Borellys komische Balance-Kunst
Battys radfahrende Bären
Anf. 8 U. Vorverk. ab 11 U ununterbr.

Rakete
Das glänzende humoristische Programm!
Mittwoch, Sonnabend u. Sonntag
3529 **4-Uhr-Tee**
Abends nach dem Kabarett
der beliebte Gesellschaftstanz

Zuverlässiger
Zeitungsträger
für **Kemberg** per 1. Nov. gesucht
Meldungen beim Genossen
Karl Galander, Kemberg,
Burgstraße 20

Leerer Raum, Bod., Schupp. od. Werkraum, z. Unterstellen v. Bühnenrequisiten, geg. zeitgem. Miete sof. zu miet. gesucht Volkspartnh. bevorz. E. o. unt. B. L. an Klassenkampf 3532

Parteischriften empfiehlt die **Volksbuchhandlg**

Modernes Theater
Dir. Ferry Rosen
Nur 3 Namen!!
Der **ledige Ehemann**
Willi Fontaine
und 3528
Julius Bärwald
genügen als Erklärung für die vollbesetzten Häuser
Eintritt 50 Pf. bis 2 Mk.
Numerierte Tischplätze

Trauerbriefe und -Karten
liefert sofort die Druckerei der Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg eGmbH., Halle (Saale), Lerchenfeldstraße 14
Fernruf 1045, 1047, 2251

Geschäfts- und Privatwäsche z. wasch. u. w. nöt. auch plätt. nimmt an E. Schmidt, Körnerstraße 7, pt. 3526

Grammophon verk. bill. Karl Storch, Weißenfels, Alte Leipzig. Str. 11, Hof

Eingewöhnte Stieglitze
Zeisige, Hänflinge und andere **Waldvögel**
Goldfische, Käfige
h. gerein. Wald- u. Kanarienfutter
Carl Zeidler Nachf.
3523 am Leipziger Turm

Gasthof Sandersdorf
Sonntag, den 25. Oktober 1925, abends 7 Uhr, im festlich geschmückten Saal:
Großes Oktoberfest
Konfettischlacht, Luftschlangen
Abends 9 Uhr:
Polonäse mit groß. Ueberraschungen
Es ladet freundlichst ein
*3508 **Hermann Winkler**

Der treue Genossenschafter bedient sich nur seiner eigenen Bäckerei!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019251024-18/fragment/page=0004

Aus den Betrieben

Locarno — Moskau

So lautet das Thema, das im Mittelpunkte der Zellenversammlungen der kommenden Woche steht. Die Genossen der einzelnen Betriebszellen sollen zu dem neuen Uebereinkommen der Imperialisten Stellung nehmen, um daran anschließend die **Gegenmaßnahmen der Arbeiterklasse** um die Aufklärungs- und Mobilisierungsarbeit in ihren Betrieben, in den Straßenzellen und in den Gewerkschaften zu besprechen.

Was bedeutet **Locarno?** Da die Konferenz nicht auseinandergelogen ist, wie manche frühere Konferenz, so ist für den Augenblick eine „Verständigung" der kapitalistischen Regierungen, einschließlich Deutschlands, gefunden, eine „Verständigung", die von der Bourgeoisie aller Länder als Riesenerfolg und vom „Zeitzer Volksboten" sogar als **„Wunder"** gepriesen wird. Aber die Verständigung in Locarno, die, nebenbei bemerkt, ein Sieg des englisch-amerikanischen über den französischen Imperialismus bedeutet, ist in Wahrheit nur eine Verständigung darüber, daß **die Front gegen Sowjet-Rußland noch fester als bisher** geschlossen und daß auch das kapitalistische Deutschland fest in diese Front eingefügt wurde. — Diese Fragen sind im politischen Teil unserer Zeitung bereits ausführlich behandelt. Sie bedeuten, daß **der deutsche Arbeiter** sich darauf einstellen kann, daß er **wieder als Kanonenfutter in einem imperialistischen Kriege,** und diesmal gegen den einzigen Arbeiter- und Bauernstaat der Welt, benutzt werden soll.

Die deutsche Regierung ist durch die Bedingungen ihres Eintritts in den Völkerbund, ohne daß sie in irgendeiner Frage ihrerseits Zugeständnisse erhalten hätte, auch finanziell und damit **in der gesamten Wirtschaftslage fester an das englisch-amerikanische Kapital gefesselt als je.** Die neuen Kredite, die Amerika den Krupp, Thyssen usw. gewährt, müssen mit Zinseszins zurückgezahlt werden. Lohnabbau, Steuerdruck, raffinierteste Antreibemethoden und bitterste Arbeitslosigkeit nehmen nicht ab, sondern zu. In dieser Hinsicht ist **Locarno nicht nur Fortsetzung, sondern die Verschärfung der wirtschaftlichen Auspressung der deutschen Arbeiterklasse.**

Locarno bedeutet politisch und wirtschaftlich neue ungeheuer große Gefahren für die Arbeiterschaft. Das Lob der bürgerlichen Parteien und der SPD. und die Scheinopposition der Deutschnationalen dürfen sie an dieser Erkenntnis nicht irre machen.

Aber die Erkenntnis allein genügt nicht. Das Proletariat muß aktiv auftreten und sich zur Wehr setzen. Nur die **engste Anlehnung an Moskau, das Zusammengehen mit den russischen Arbeitern und Bauern, energische Kampfansage jedem imperialistischen Kriege, geschlossene Abwehrkämpfe gegen die wirtschaftliche Ausbeutung,** der Kampf für höhere Löhne, für den Achtstundentag, für die Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß, für die Abwälzung aller Lasten auf die Bourgeoisie, sind der Weg, den die Arbeiterklasse zu beschreiten hat. Der Front der Kapitalisten, die, so viele Differenzen es in ihrer Mitte gibt, sich in der Ausbeutung des Proletariats einig sind, muß die **Geschlossenheit der Gewerkschaften,** der einheitliche revolutionäre Kampf der Arbeiterschaft entgegengestellt werden. Gegen Locarno sind die Kampfesparolen der Arbeiterklasse:

Moskau und internationale Gewerkschaftseinheit.

Die Fragen so vor den Belegschaften zu stellen, die breiten Arbeitermassen für diesen Kampf zu gewinnen, eine intensive Kampagne für die Organisierung in den freien Gewerkschaften, in jeder Abteilung jedes einzelnen Betriebes durchzuführen und auf Grund der Verhältnisse der einzelnen Industrien und Betriebe an die Gewerkschaften mit bestimmten Forderungen heranzutreten, das soll das **Ziel und Resultat des ersten Zellentages sein,** der in unserem Bezirk durchgeführt wird.

Macht wieder mehr Betriebsversammlungen!

In einer gut besuchten **Betriebsversammlung der Firma Magdeburg und Werther** referierte Kollege Drescher vom Metallarbeiter-Verband über „die wirtschaftliche Lage und die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation". Aufmerksam hörten die Versammlungsteilnehmer den Ausführungen des Referenten zu, der die wirtschafts-politischen Vorgänge in markanter Weise skizzierte, dabei besonders auf die zunehmende Unternehmeroffensive hinwies. Die Bourgeoisie strebe mit allen Mitteln danach, die Löhne herabzudrücken und die Arbeitszeit zu verlängern. Auf sozialpolitischem Gebiet will man die Sozialgesetzgebung abbauen, vor allen Dingen soll die an und für sich schon vollkommen unzureichende Arbeitslosenfürsorge verschwinden.

Trotzdem den werktätigen Massen erst im Sommer ein reichhaltiges Steuerbukett und die Schutzzollvorlage aufgebürdet, auf der anderen Seite Kapitalsteuern herabgesetzt seien und dadurch **die Lebenshaltung des Proletariats geradezu unerträglich geworden** ist, wird es nicht lange dauern und die Deutschnationale Luther-Regierung wird abermals im Interesse des Kapitalismus neue Steuerentwürfe herausbringen. (Kollege D. konnte seine Ausführungen mit reichhaltigem Beweismaterial bekräftigen.)

Gegen diesen Ansturm der Unternehmerfront muß **die Arbeiterschaft rüsten** und abermals rüsten, um in den kommenden schweren Kämpfen nicht zu unterliegen. Diese Kämpfe können aber nur geführt werden, wenn die Arbeiterklasse **die Gewerkschaften als Kampforgane** betrachtet und sich organisiert. Die Gewerkschaften müssen das Bollwerk gegen die Raubgelüste des Unternehmertums, sie müssen die Hauptruppe auf dem Wege der sozialen Revolution bilden.

Die Diskussion ergab die völlige Uebereinstimmung mit den Ausführungen des Referenten.

Nachdem noch einige Betriebsangelegenheiten erledigt waren, wurde die eindrucksvolle Versammlung spontan mit dem Gesang der Internationale, hierbei durch eine von den Kollegen des Betriebes ins Leben gerufene Betriebskapelle unterstützt, geschlossen.

Eine Anzahl neu gewonnener Mitglieder für den DMV. konnte gebucht werden.

Die Ausbeutung der Landarbeiterinnen

Auf den **A. v. Stamerschen Gütern Trieste witz und Camitz** (Kreis Torgau) wird zwar der Tarif genau innegehalten, aber auch der Landarbeiter und die Landarbeiterin wie eine Nummer betrachtet, um die man in menschlicher Weise sich nicht kümmert. Eine Landarbeiterin, die seit Juli dort ihre beste Kraft hingegeben hat, wurde **jetzt entlassen,** weil sie, nicht allzu kräftig gebaut, bei dem Kartoffelbuddeln im Akkord nicht aushalten konnte. Daß man einer solchen Arbeiterin andere Arbeiten, die im Stundenlohn verrichtet werden, gibt, ist wahrscheinlich zu viel Menschlichkeit!

Gerade weil die dortige Arbeiterschaft genau nach Tarif bezahlt wird (auf wievielen Gütern geschieht das nicht!), zeigen die Lohnverhältnisse auf den Stamerschen Gütern um so schroffer das ungeheure Elend der Landarbeiterschaft. 16 Pf. Stundenlohn, dazu wöchentliches Deputat von 25 Pfund Kartoffeln, 7 Pfund Brot, 1 Pfund Speck, 1 Pfund Mehl, 2 Pfund Hülsenfrüchte, täglich ein halbes Liter Milch, freie Wohnung und Feuerung. Die **Arbeitszeit** von morgens 6 Uhr bis abends 7 Uhr mit je einer halben Stunde Frühstücks- und Vesper- und 2 Stunden Mittagspause. Für Kleidung, Schuhe usw., was alles bei der Landarbeit schnell verdorben ist, bleibt so gut wie nichts!

Der Landarbeiter, ein Geschirrführer z. B., hat **bei sechzigstündiger wöchentlicher Arbeit 15 bis höchstens 18 Mark Bargeld.**

Das Schlimmste ist, daß die Landarbeiterschaft heute zersplittert ist, daß sie **dem DVB. den Rücken gekehrt** hat und so die wichtigsten Voraussetzungen eines geschlossenen und erfolgreichen Vorgehens gegen die miserablen Arbeitsbedingungen fehlen. Die einzelnen, die dem Gewerkschaftsgedanken treu geblieben sind, sind durch ihre Isolierung der Willkür der Agrarkapitalisten besonders ausgesetzt, wie auch auf dem genannten Gut ein Funktionär des DVB. wegen seiner gewerkschaftlichen Tätigkeit vom Hofmeister wieder zum einfachen Arbeiter gemacht worden ist.

*

Aus Querfurt schreibt uns ein Landarbeiter:

Der Lohn beträgt bei uns **23 Pfennig die Stunde in bar,** mit dem Deputat zusammen ist der Stundenlohn ungefähr 38 Pfennig. Wir arbeiten bis 15. September zehn Stunden und dann neun Stunden pro Tag. Auf unserem Gut sind 80 Männer, 25 Frauen oder Mädchen, 83 Saisonarbeiter beschäftigt. Von letzteren ist **keiner gewerkschaftlich organisiert,** von den Frauen fünf, und von den 80 Männern 30. Die Organisierten gehören alle dem DVB. an. Wir müssen dahin arbeiten, daß sich alle Kollegen und Kolleginnen im **DVB.** organisieren, dann wird es uns leichter sein, für bessere Löhne und geringere Arbeitszeit zu kämpfen.

Proletariermord auf Kraftwerk Theißen

Ein **schwerer Unglücksfall** ereignete sich am Mittwochmorgen auf dem Neubau Kraftwerk Theißen. Dieser Neubau, der zum größten Teil von auswärtigen Firmen ausgeführt wird, wurde im „Klassenkampf" schon öfter als eine **Hölle für die Arbeiterschaft** gekennzeichnet, da hier das Antreibesystem in höchster Blüte steht. Während des Bauarbeiterstreiks wurden z. B. auch von auswärts Streikbrechergarden herangezogen und von diesen Elementen ein elendes Pfuschwerk ausgeführt. **Polizeiliche Sicherheitsmaßnahmen** wurden überhaupt **nicht berücksichtigt,** und ein Unglücksfall ereignete sich nach dem andern. Vor einigen Wochen gab es erst einen Toten und mehrere Verwundete.

Am Mittwoch wurde nun dieses Ausbeute- und Antreibesystem dadurch gekrönt, daß **die ganze Eisenkonstruktion des Neubaus in sich zusammenstürzte.**

Ein Toter und mehrere Schwerverletzte,

an deren Aufkommen gezweifelt wird, waren das Ergebnis. Durch den Bauarbeiterstreik waren die Maurerarbeiten zurückgeblieben, dessen ungeachtet wurde die schwere Eisenkonstruktion weiter aufgerichtet. Hinzu kam eine ganz ungenügende Verankerung, so daß jetzt weiter nichts als ein Trümmerhaufen zurückgeblieben ist.

Diesen kapitalistischen Verbrechern muß das Handwerk gelegt werden, indem **die Arbeiterschaft sich geschlossen zur Wehr setzt** und gegen die Antreiberei, den Schandlohn und die ungenügenden Schutzmaßnahmen Sturm läuft. Sie muß ihre Gewerkschaften zwingen, daß sie den notwendigen Kampf in die Hand nehmen. Die Betriebsräte müssen vorstoßen und gemeinsame Kampfmaßnahmen beschließen.

Fürstliche Zustände im Grödner Tonwerk

Die Zustände, die in den Grödner Tonwerken unter dem Kommando eines Direktors Möller herrschen, müssen einmal der Oeffentlichkeit unterbreitet werden. Es wird dort **von früh 6 Uhr bis abends ½6 Uhr mit 1½stündiger Pause gearbeitet.** Also volle zehn Stunden. Beschäftigt sind zirka 50 Personen, die nicht gewerkschaftlich organisiert sind, was den Herren natürlich großartig gefällt, denn so zahlen sie noch Belieben. Zurzeit beträgt der Lohn **42 Pf. pro Stunde.** Daß man durch Akkord oft nicht einmal auf den Lohn kommt, beweist folgender Fall:

Zwei Arbeiter aus Elsterwerda bekamen 40 Pfennig, um einen Hund zu laden. Beide mußten aber erst das Gleis verlegen, was mit in dem Akkord einbegriffen ist. So verging 1½ Stunde, und sie verdienten beide den fürstlichen Lohn von 40 Pfennig. Auch muß jeder **Schippe und Gabel selbst mitbringen.** Beide wußten dies nicht, deshalb gingen sie im Betrieb suchen. Sie hatten auch Glück, eine Gabel zu finden, welche aber Zinken hatte, die gerade so lang waren wie die Finger eines erwachsenen Mannes. Mit derartigen Instrumenten verlangt man produktive Arbeit!

Die **Arbeitsordnung** hängt in der Frühstücksbude und ist unterschrieben mit dem Namen H. Bischof als Obmann. Bischof ist von der Firma selbst eingesetzt, weil es die Belegschaft nicht fertig brachte, sich selbst einen Obmann zu wählen.

In dem Betrieb gibt es sogar **Schläge,** was doch ohne Zweifel an mittelalterliche Methoden erinnert. Ein Arbeiter hörte in dieser Schinderbude auf, weil er die Zustände einfach nicht tragbar fand. Er hatte ungefähr noch 20 Mark Lohn zu bekommen, aber er erhielt ihn nicht, sondern nur seine Papiere. Hierauf ging er persönlich zu Seiner Königlichen Hoheit Möller und sagte ihm: **„Was ist das für eine Lumperei, den sauer verdienten Lohn des Arbeiters einzubehalten!"** Seine Hoheit wurde wild und brüllte, hatte im Nu eine Schippe in der Hand und ließ den Stiel auf des Proleten Rücken Polka tanzen. Jeder vernünftige Mensch kann sich die Wut des Geschlagenen denken, aber Hoheit geht sicher zu Werke, er nimmt Vorsicht halber seinen Hund Karo mit, welcher ihn vor einer anständigen Abreibung schützt. Wir fragen hiermit öffentlich: **Sind das nicht wahre Tatsachen?** Nun, wir sind bereit, noch weitere Fälle zu veröffentlichen.

Der **Belegschaft** aber rufen wir zu: Erkennt endlich den Ernst der ganzen Situation! Werdet denkende Menschen und **Klassenkämpfer.** Reiht Euch ein in die rote Front der Ausgebeuteten. Organisiert Euch in den freien Gewerkschaften und politisch in der Kommunistischen Partei. Denn nur durch eine **geschlossene rote Front** können diese Zustände abgeschafft werden.

Die Betriebszellenzeitung auf der Bühne

Aufführung des „Holzwurm" in Halle

„Ein lustiges Spiel für die Arbeiterbühne" hat Genosse Walter Troppenz seinen Einakter **„Der Holzwurm"** genannt. Er ist aber mehr. Wer gestern abend im „Volkspark" den Unterhaltungsabend der Proletarischen Tribüne erlebt hat, mußte es gewiß spüren: Hier war ein Stück propagandistische Arbeit geleistet, das jedem Arbeiter im Betrieb den rechten Weg weist: **zur Organisierung in den Gewerkschaften, zum Zellenzusammenschluß in den Betrieben, zur Unwirksammachung kapitalistischer Spitzelmethoden, zur erfolgreichen Auswirkung solidarischen Zusammenhaltes der Belegschaft.** Der nicht endenwollende Beifall der zahlreich erschienenen Zuhörer bewies, daß Genosse Troppenz mit seinem Stück den richtigen Ton getroffen hat, den proletarischen Ton.

„Der Holzwurm" ist eine **Betriebszellenzeitung,** die in einer Tischlerei herausgegeben wird. In dieser Tischlerei treten auf: ein alter Werkmeister, ein Spitzel mit dem bezeichnenden Namen Pfeifer, ein Unternehmer, der die Arbeiter tritt und vor dem Kommerzienrat-Kunden tiefe Rücklinge macht. Auf der anderen Seite aber stehen die klassenbewußten Proleten, die im Betrieb arbeiten: der kommunistische Betriebsrat Kämpf, die klassenbewußte Scheuerfrau, der fixe Lehrling. Wie nun die Unternehmerseite den „Holzwurm" vernichten will, wie der Spitzel sich mit seiner Unfähigkeit blamiert, wie der alte Meister nach und nach überzeugt wird, daß die Kommunisten doch so schlechte Kerle nicht sein können — — — von all diesen Vorfällen könnte jeder Arbeiter täglich aus seinem Betrieb erzählen.

Und nun möchte man den Arbeiter sehen, der nach Anschauung dieses Stückes — in dem die Belegschaft durch ihr geschlossenes Aushalten im Streik 30 Prozent Lohnerhöhung erringt — noch von der Unmöglichkeit der Betriebszellenarbeit sprechen will. Denn „Der Holzwurm" will ja nicht „Theater" sein, das man sich ansieht, sondern **ein Beispiel geben, wie man's machen soll.** Die Betriebszellenzeitung soll ja auch nicht nur Lektüre sein, sondern ein Fingerzeig, wie die Proleten die Betriebszellenarbeit anpacken können. Es ist schon ganz richtig, was der Betriebsrat Kämpf auf der Bühne dem Unternehmer klarmacht: „Sie haben in den letzten drei Monaten 250 Prozent Reingewinn gehabt — unsre Lohnzulage betrug pro Stunde zwei Pfennige. Da ist's nicht nötig, daß ich die Belegschaft verhetze."

Es ist nicht nur zu wünschen, sondern es muß **unbedingt gefordert** werden, daß für die Arbeiter aus den Betrieben überall „Der Holzwurm" aufgeführt wird. **Ganze Belegschaften müssen sich daran beteiligen, jede Zelle sollte die Proletarische Tribüne zu einer Aufführung des „Holzwurm" gewinnen.** Sie wird bei den Kollegen, die noch nicht von der Möglichkeit und Richtigkeit der Betriebszellenarbeit überzeugt sind, restlosen Vertrauen zu dieser Arbeit erwecken.

*

Um die richtige Beziehung zu dem Werk der Proletarischen Tribüne zu bekommen, muß hervorgehoben werden, daß Arbeiter, die tagsüber im Betrieb beschäftigt sind, ihre Abende verwandten, dieses Bühnenwerk zu schaffen. Geld hatten sie so gut wie keins. Und doch ist es ihnen gelungen, das Stück nicht nur inhaltlich, sondern auch in der Darstellung weit über den Rahmen dessen zu heben, was man Dilettantismus oder Theaterverein nennt. Ganz besonders erfrischend ist, daß die Proletarische Tribüne bei all dem nicht in den Latscherton verfällt und „Kultur" produzieren will, sondern **unverfälschten Klassenkampf** predigt.

Ueber die Einzelheiten soll noch ausführlich gesprochen werden.

Olf.

Aus dem Arbeiterrecht

Von E. Gr.

Der Arbeitsvertrag

Ein solcher liegt immer dann vor, wenn der Arbeiter seine Arbeitskraft anbietet und der Arbeitgeber sich bereit erklärt, die Arbeitskraft anzunehmen. Beide Teile sind jetzt ein **Verbindlichkeitsverhältnis** eingegangen. Dabei ist gleichgültig, ob es sich um einen Angestellten, Industriearbeiter, Landarbeiter oder eine Hausangestellte handelt.

Bei Landarbeitern und Dienstboten kommt es nicht selten vor, daß der Arbeitgeber, die „Herrschaft" den Arbeiter oder die Hausangestellte nicht annimmt, mit der Begründung, sie hätten eine bessere Kraft gefunden. **In solchem Falle hat der Arbeitgeber den Lohn zu zahlen** für die Zeit der Nichtbeschäftigung (§ 615 BGB.). Der Arbeitnehmer ist nicht verpflichtet, die Dienste nachzuleisten. Wohl aber ist er verpflichtet, sofort den Dienst aufzunehmen, wenn der Arbeitgeber sich später zur Annahme bereit erklärt.

Hat aber der Arbeiter inzwischen, nachdem der Arbeitgeber die vereinbarte Einstellung abgelehnt hat, **eine andere Arbeitsstelle** gefunden, so braucht er **nicht mehr zur ersten Stelle zurück.**

Wichtig für den Arbeiter ist, daß er, wenn er nach vereinbarter Einstellung nicht angenommen wird, sich um andere Beschäftigung bemühen muß. Unterläßt er das böswillig, so hat er für diese Zeit keinen Anspruch auf Entschädigung (§ 615 BGB.). — Merkst Du, wie hier das Gesetz sofort den Besitzenden vor Schaden bewahren will? Du hast Anspruch, mußt Dir aber sofort andere Arbeit suchen! — Weil gerade die **Hausangestellten und Landarbeiter am schlechtesten behandelt und bezahlt werden,** kommen hier Fälle vor, wo diese aus Not sich bei eine „Herrschaft" verdingen, von der sie wissen, daß es dort hundsmiserabel ist. Sie nehmen die Stelle an, weil sie glauben, keine andere zu finden. Nachdem sie sich vermietet haben, finden sie mitunter denn doch eine bessere Stelle. Sie treten die erste Stelle nicht an. In solchem Fall kann die erste Herrschaft **auf Erfüllung des Vertrages klagen,** entweder auf Dienstantritt oder auf Schadenersatz. Der Arbeiter wird dann verurteilt. Zwangsweise, mit der Polizei, kann aber heute kein Arbeiter oder Dienstbote mehr zum Arbeitgeber gebracht werden (außer wenn der Betreffende unter Fürsorgeerziehung steht). **Eine Bestrafung kann nicht erfolgen.** Wenn auf Schadenersatz geklagt wird, und der Arbeiter bei seinem jämmerlichen Lohn nichts hat, so kann ihm auch nichts genommen werden. Der Arbeitgeber bekommt vor Gericht zwar Recht, aber vom Verurteilten kein Geld.

Die Kündigung eines Arbeitsverhältnisses

kann der Frist nach sehr verschieden sein. Für alle Arbeitergruppen besteht das Recht, bestimmte Kündigungsfristen zu vereinbaren oder die Kündigung ganz auszuschließen. So ist für gewerbliche Arbeiter die Kündigungsfrist fast immer durch die Arbeitsordnung festgelegt. Ist keine Arbeitsordnung, die stets bindend ist, vorhanden, und ist auch sonst nichts über die Kündigung vereinbart, so bestimmen die Gesetze die Kündigungsfrist. Für gewerbliche Arbeiter beträgt sie dann 14 Tage (§ 122 Gew.-Ordnung). Dabei ist zu merken, daß die Kündigung nicht den Schluß einer Woche als Ablauf zu haben braucht, sondern **zu jedem beliebigen Tage** erfolgen kann.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019251024-18/fragment/page=0005

Halle und Saalkreis

Mehr Sicherheit im Hin und Her des Straßenverkehrs!

Eine gemeinsame Sitzung des Vorstandes der „Deutschen Verkehrswacht" und der Vertreter der hallischen Presse

Seit einiger Zeit besteht in 60 größeren Städten des Reiches eine Organisation, die bemüht ist, das Publikum auf die ungeheueren Gefahren der Straße, denen jeder Passant einmal zum Opfer fallen kann, aufmerksam zu machen und Gegenmaßregeln gegen die überall lauernden Gefahren zu ergreifen. Diese Organisation heißt „Deutsche Verkehrswacht". Um auch in Halle den Ausbau der „Verkehrswacht" vorwärtszutreiben, hatte der Vorstand der Ortsgruppe Halle zu gestern abend eine gemeinsame Sitzung des Vorstandes der „Verkehrswacht" mit den Vertretern der hallischen Presse und einzelner Behörden anberaumt. Diese Tatsache ist von um so größerer Wichtigkeit, als gerade in Halle die Verkehrsverhältnisse jeder Beschreibung spotten. Wir denken da nur an die ungeheueren Gefahren des Verkehrs am Riebeckplatz.

Herr Schaumburg setzte in der gestrigen Sitzung zunächst in einem kurzen, einleitenden Referat **Zweck und Ziele der „Verkehrswacht"** auseinander. Besonderes Gewicht legte der Redner auf die **Belehrung der Kinder** über die Gefahren der Straße. Bei den Kindern hat die Arbeit der „Verkehrswacht" zunächst einzusetzen. Zu diesem Zweck soll von seiten der „Verkehrswacht" eine Reihe guten Materials (Zeichnungen auf Löschblättern, die in den Schulen zu verteilen sind, usw.) herausgegeben werden. Im übrigen soll auch **der Film** für die Propaganda der „Verkehrswacht" ausgenützt werden. Bereits am 1. November wird im „CT."-Lichtspieltheater am Riebeckplatz ein Film laufen, der das Publikum mit den iZelen der „Verkehrswacht" vertraut machen soll. Der Eintritt zu diesem Film soll frei sein.

An der darauf einsetzenden **Aussprache** beteiligten sich die Vertreter der Schulbehörde und der hallischen Presse. Ausführungen des Vertreters der Verkehrspolizei, der „eine gewisse Unbeliebtheit der hallischen Polizei beim Publikum" andeutete, riefen den Vertreter des **„Klassenkampf"** auf den Plan. Er führte aus, daß diese Unbeliebtheit ihre Gründe habe. Eingehend sprach er über das Verhalten der hallischen Polizei bei **Arbeiterdemonstrationen,** bei denen insbesondere die „Aktionsleiter" des öfteren alles getan haben, nicht etwa um den Verkehr zu **regeln,** sondern um gerade das Gegenteil zu erreichen. So wurden Demonstrationen **gesprengt,** um Autos und Straßenbahnen durch die Züge zu lassen. Auf eine **Sicherheit der Demonstranten** ist niemals gesehen worden. Nur glücklichen Zufällen ist es zu verdanken, daß nicht Unglücksfälle ernsterer Natur dadurch vor sich gegangen sind.

Als der Vertreter des „Klassenkampf" Einzelfälle festnageln will, springt der **Vertreter der Verkehrspolizei** auf und **droht, die Sitzung zu verlassen.** Der Leiter der Sitzung meinte, die Ausführungen des „Klassenkampf"-Vertreters gehörten „nicht zur Sache". Als ob nicht auch die Regelung bei Demonstrationen eine Frage des Verkehrs wäre! Dies stellt der Vertreter des „Klassenkampf" auch ausdrücklich fest. Er fordert im Interesse der Sicherheit der Demonstranten vom Vertreter der Verkehrspolizei, in dessen Arbeitsgebiet diese Frage durchaus gehört, Maßnahmen zur Abhilfe (Stillegung des Straßenbahnbetriebes bei größeren Demonstrationen usw.).

Zur Frage des **Schutzes der Kinder** vor den Gefahren der Straße übergehend, stellt unser Vertreter fest, daß einzig und allein die Arbeiterkinder, deren Eltern in der Fabrik arbeiten, diesen Gefahren in besonderem Maße ausgesetzt sind. Sie sind gezwungen, auf der Straße zu spielen. Eine Abhilfe nur dadurch geschaffen werden, daß die Stadt **Spielplätze für Kinder** sowie **Kinderheime** errichtet.

Im Verlauf der weiteren Diskussion wollte unser Vertreter eine weitere **kleine Anfrage an den Vertreter der Verkehrspolizei** richten. Dieser erklärte aber sofort, daß er keine Frage, welcher Art sie auch sei, beantworten werde. Was wollte unser Vertreter sagen? Wie das hallische Publikum weiß, rasen gewöhnlich die **Schupo-Ueberfallkommandos** in einem Tempo durch die Straßen, das ein Ausweichen fast unmöglich macht. Vor einiger Zeit hat diese Raserei bereits ein Opfer erfordert. In der **Talamtstraße** wurden einem Lehrling **beide Beine abgefahren.** Das Publikum war über diesen nur durch das wahnsinnige Tempo des Ueberfallkommandos möglichen Unfall überaus empört. Was gedenkt der Vertreter der Verkehrspolizei zu tun, um derartige Fälle für die Zukunft unmöglich zu machen?

Wie gesagt: Diese Anfrage wurde nicht zugelassen. Warum? Wenn der Vertreter der hallischen Verkehrspolizei nicht einmal da eingreifen will, wo ihm die unmittelbare Möglichkeit gegeben ist, muß man beinahe an der ehrlichen Absicht der Verkehrsregelung zweifeln.

Belebung der Umzüge

Die Einführung des sogenannten **„Freischeinverfahrens"** im Wohnungswesen hat eine wesentliche Verschärfung der Grundsätze der Wohnungsverteilung mit sich gebracht. Freischeine, die zur Anmietung von freigewordenen Wohnungen berechtigen, erhalten nur noch solche Familien, deren anderweite wohnliche Unterbringung unter bestimmten Voraussetzungen tatsächlich unabweisbar ist, während alle Inhaber von regulären, wenn auch unzureichenden Wohnungen auf den Weg der Selbsthilfe durch Herbeiführung von Wohnungstauschen verwiesen werden. Zur Förderung dieser Selbsthilfe sind, wie der Magistrat mitteilt, kürzlich die Tauschgebühren aufgehoben worden, deren Höhe bisher manchen Wohnungsinhaber, der sich wohnlich verändern wollte, vom Wohnungstausch abgehalten hat. Es ist danach zu erwarten, daß sich die Zahl der Umzüge innerhalb der Stadt, die im Jahre 1924 nur etwa ein Fünftel der Vorkriegszeit betrug (1700 gegen 9000) nunmehr wesentlich erhöhen wird. Die Genehmigungspflicht der Wohnungstausche gemäß § 8 WMG. bleibt nach wie vor bestehen.

Der Magistrat weist gleichzeitig darauf hin, daß auch im laufenden Rechnungsjahr Umzugsprämien aus städtischen Mitteln gewährt werden, wenn durch Zusammenzug oder Fortzug Wohnungen für den allgemeinen Wohnungsmarkt verfügbar werden. **Eine Ueberlassung von Wohnungen an Wohnungsuchende „gegen Abstand" ist keinesfalls zulässig und hat die sofortige zwangsweise Räumung der widerrechtlich bezogenen Wohnung zur Folge.** Schwarzmieter haben sogar Gefängnisstrafe zu gewärtigen.

Nähere Auskünfte über die Bedingungen zur Genehmigung von Wohnungstauschen und zur Gewährung von Umzugsprämien erteilt das städtische Wohnungsamt (Wohnungsnachweis). Sprechstunden: Dienstag und Freitag jeder Woche 9 bis 12 Uhr vormittags.

An alle Ortsgruppen des Bezirks!

Am Sonntag, dem 25. Oktober, finden folgende **Unterbezirkskonferenzen** statt:

in **Weißenfels** vormittags 8½ Uhr im Hotel „Monopol";
in **Bitterfeld** vormittags 9 Uhr im „Gesellschaftshaus";
in **Halle** vormittags 9 Uhr in der Produktiv-Genossenschaft.

Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Brief der Exekutive; 2. Wahl der Delegierten zur Reichskonferenz; 3. Stellungnahme zu den Kreistags- und Provinziallandtagswahlen; 4. Verschiedenes.

Die Ortsgruppen haben alle Anweisungen erhalten, auf welcher Grundlage die Wahl der Delegierten zur Unterbezirkskonferenz vor sich gehen sollte. Die Delegierten werden verpflichtet, alles rückständige Material, wie Monatsabrechnungen, Registrierfragebogen usw., mitzubringen. An diesen Konferenzen können auch außer den gewählten Delegierten andere Genossen teilnehmen.

Gegen das Reichsschulgesetz

Entschließung der Hilfsschullehrer

Auf der am 13. Oktober d. J. in Halle a. d. S. stattgefundenen Provinztagung des Hilfsschulverbandes wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Der Provinzverband Sachsen des Verbandes der Hilfsschulen Deutschlands lehnt mit aller Entschiedenheit den „Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Artikels 146 Abs. 2 der Reichsverfassung und über die Erteilung von Religionsunterricht in den Volksschulen" ab. Wir wiederholen die Einwände, die der Deutsche und Preußische Lehrerverein zu diesem Gesetzentwurf machen:

1. Er steht im Gegensatz zur Reichsverfassung,
2. er bedeutet das Ende der Staatsschule,
3. er vernichtet die Rechtssicherheit des Lehrers.

Wir fügen hinzu, daß bei Einführung dieses Entwurfes als Gesetz unsere heilpädagogischen Schulen und Anstalten in dem größten Teil unseres Vaterlandes dem sicheren Untergang preisgegeben sind.

Bei einer Gliederung unseres Schülermaterials aus anderen Gründen, als allein aus den Wesensmerkmalen der Heilerziehung, wird, vornehmlich bei kleineren Hilfsschulsystemen, bei Festlegung auch der „einklassigen Hilfsschule als geordneter Schulbetrieb", unsere Arbeit an den Schwachsinnigen aufs schwerste gefährdet, wenn nicht unmöglich gemacht. Die Früchte einer jahrzehntelangen, durch die Geschichte der deutschen Hilfsschule festliegenden sozial und national bedeutungsvollen Arbeit werden unter einem solchen Reichsschulgesetz nicht weiter reifen können.

Wir fordern, daß in einem Entwurf eines Gesetzes pp. Bestimmungen über die Hilfsschule und ihre Lehrer in einem besonderen Abschnitt zusammenzufassen sind.

Weltliche- oder Bekenntnisschule?

In der Versammlung der Freien Schulgesellschaft am Donnerstag war von einem Lehrer die Behauptung aufgestellt worden, die Auffassung der kommunistischen Diskussionsrednerin über die weltliche Schule deckte sich nicht mit der Auffassung der Parteiführung darüber. Das „Volksblatt" greift diese Behauptung folgendermaßen auf:

„Wie sehr sie damit auch in den eigenen Reihen Widerspruch findet, deutete Herr Linke in seinem Schlußwort an, aus dem hervorging, daß man im kommunistischen Hauptquartier Gott sei dank doch ein wenig „reformistischer" denkt."

Wir stellen fest, daß die in dieser Versammlung vertretene Linie zum Reichsschulgesetz und zur weltlichen Schule die Auffassung der Gesamtpartei ist, wie wir sie auch in diesen Tagen in ausführlichen Artikeln dargelegt hatten. Um nochmals unsere Stellungnahme zu präzisieren, die die Stellungnahme jedes ehrlichen Arbeiters sein muß, bringen wir folgenden Artikel des Stadtverordneten Genossen Illgenstein zu diesem Thema.

*

Der Bund der freien Schulgesellschaften hatte sich dieses Thema ausgesucht, um in einer im „St. Nikolaus" stattgefundenen Versammlung für die weltliche Schule Propaganda zu machen. Auf den politisch geschulten Arbeiter machte diese Versammlung den Eindruck eines Kaffeekränzchens. Dieses seichte Geschwätz von Schulmännern, in der Zeit, wo es sich darum handeln muß, dem reaktionären Reichsschulgesetzentwurf den schärfsten Kampf anzusagen, machte einen kläglichen Eindruck. Jeder wurde daran erinnert, wie 1919 dieselben Schulmeister die Revolution in einen Kulturkampf umzubiegen versuchten, und dann kläglich versagten, wenn verlangt wurde, sie sollten aus der Kirche ausscheiden und damit den Kindern und Eltern ein gutes Beispiel geben. Auch die Referenten betonten, daß sie es ablehnten, religionslosen Unterricht zu erteilen, und gestanden den Religionsgesellschaften das Recht zu, Bekenntnisschulen zu fordern. Da muß sich der Arbeiter fragen: **wo bleibt das Ideal der einheitlichen Schule?**

Großen Wert legten die Referenten darauf, was die KPD. zu ihrem Plane sagt. Die SPD. wurde nicht aufgefordert, ihre Stellungnahme zu präzisieren, trotzdem der Vertreter der Ortsgruppe und auch der Vertreter der Bezirksleitung anwesend waren. Warum wohl? **Die SPD. hat die größte Schuld, daß ein einheitliches Schulwesen in Deutschland nicht durchgeführt wurde.** Sie mußte ja mit dem katholischen Zentrum und evangelischen Demokraten die Große Koalition bilden und Deutschland vor dem Bolschewismus retten. Wenn die SPD. jetzt ihre Schulmänner vorschickt und selbst im Hintergrund bleibt, hat das seine Gründe. Wenn das Reichsschulgesetz Annahme findet, dann sind entweder die Eltern oder die Kommunisten schuld, weil sie nicht für einige weltliche Schulen zu haben sind, sondern gleich die ganze Volksschule im ganzen Reiche als Arbeits- und Produktionsschule fordern, also „unerfüllbare" Forderungen aufstellen.

Tatsache ist, daß die Schule ein wichtiges Instrument des Staates ist, nach Lassalle, ein Stück Verfassung! Verfassungsfragen sind Machtfragen. Das reaktionäre Bürgertum hat mit Hilfe der SPD. das revolutionäre Proletariat niedergerungen und seine eigene Macht gestärkt. Diese Macht wendet das Bürgertum jetzt an und wird nicht bei den Konfessionsschulen stehen bleiben. Sobald dieses Ziel erreicht ist, werden die weltlichen Schulen beseitigt, denn Schulen ohne Lehrer gibt es nicht. Die Lehrer haben sich noch immer auf den Boden der gegebenen Tatsachen gestellt, und wenn der nötige Druck einsetzt, weigern sich eben die Lehrer, an konfessionslosen Schulen zu unterrichten. Sie sind noch viel zu sehr mit ihrer Klasse, mit dem Bürgertum, verwachsen und den kirchlichen Einflüssen unterworfen. Die freie Schulgesellschaft will sich nicht mit Politik befassen und erstrebt die „weltliche Schule"; doch zweifellos ein politisches Ziel! Dies zeigt schon die Unklarheit, welche in diesen Köpfen vorhanden ist, die den Klassenkampf ästhetisch führen wollen. Ob gewollt oder ungewollt führt dieser Weg, die Schulen in weltliche und Bekenntnisschulen zu zerreißen, zum Verrat am Proletariat, welches wohl ein freies Schulsystem ohne Religionsunterricht verlangen muß, **aber nicht vereinzelt als Ausnahme, sondern als Regel.** Eine Staatskirche gibt es nach der Verfassung nicht (Artikel 137) und auf dem Umwege über die Schule der Kirche wieder den staatlichen Charakter zu geben, dazu hat das Proletariat keine Veranlassung.

Wenn die freien Schulgesellschaften wirklich Erfolg mit der Einrichtung weltlicher Schulen haben sollten, kommen sie den reaktionären Kreisen nur auf halben Wegen entgegen. Die unruhigen Köpfe werden dann in weltlichen Schulen isoliert, abgekapselt, von religiösen Lehrern unterrichtet, das heißt, reif gemacht, die religiösen Bekenntnisse zu achten, und von da bis zur Konfessionsschule ist es dann nicht mehr weit. Die paar Lehrer, welche sich wirklich von der Kirche losgesagt haben und sich als Proletarier fühlen, sind weiße Raben. Die konfessionellen Schulen sind aber die unruhigen Geister los und damit das schlechte Beispiel, das die religionslosen Kinder den anderen Kindern dadurch geben, daß sie am Religionsunterricht nicht teilnehmen.

Die Einrichtung besonderer weltlicher Schulen bedeutet aber auch, den einzelnen Konfessionen dasselbe Recht zuzugestehen, und damit ist die einheitliche Gestaltung des Schulwesens illusorisch gemacht. Gerade das wünscht die Kirche, ihr Grundsatz „Teile und herrsche" hat dann wieder gesiegt. Warum sieht denn der neue Entwurf zum Reichsschulgesetz im § 17 vor, daß eine Bekenntnisschule eingerichtet werden muß, wenn mehr als die Hälfte der Eltern dies fordern, und warum müssen bei Einrichtung einer weltlichen Schule alle Eltern einstimmig den Beschluß fassen, wenn damit nicht erreicht werden soll, daß alle Landgemeinden, also die große Mehrzahl der Schulen, unter kirchliche Oberaufsicht gebracht und die wenigen städtischen weltlichen Schulen noch stärker isoliert werden sollen.

Der einzige Weg zur Befreiung der Schule vom kirchlichen Joch ist der politische Klassenkampf, den die KPD. führt.

Konzert zum Besten einer Weihnachtsfeier für die Sozialrentner

Die Deutsche Invalidenhilfe, Ortsstelle Halle, Charlottenschule, Zimmer 5, veranstaltet am Freitag, dem 30. Oktober, abends 8 Uhr im „Volkspark" ein Konzert, dessen gesamter Reinertrag zum besten einer Weihnachtsfeier für die Invaliden, deren Witwen und Waisen verwendet werden soll. Der Arbeitersängerchor und das Erste hallische Mandolinenorchester haben sich in bereitwilligster Weise zur Verfügung gestellt.

Wer im vorigen Jahre, als der Zentralverband der Arbeitsinvaliden eine Weihnachtsfeier für die Väterchen und Mütterchen veranstaltete, als Gast teilnehmen konnte, wird sich erinnern können, welch tiefe Freude aus aller Augen sprach. Alle alten Leute freuen sich auch diesesmal wieder auf ihre Weihnachtsfeier. Ehrenpflicht der hallischen Arbeiterschaft ist es, durch den Besuch des Konzerts — der Eintritt beträgt nur 50 Pfennige —, diese Weihnachtsfeier mit zu ermöglichen.

Jeder noch erwerbsfähige Arbeiter kann durch die tückische Maschine gefaßt und zum Invaliden gemacht werden. Jeder kann der grausamen Proletarierkrankheit verfallen und früh siech werden, alle aber werden sie, wenn sie das Alter erreichen, einmal Invalide. Darum helft denen, unter deren große Schar ihr einmal eingereiht werdet.

Wer edlen Gesang liebt, wer guter Musik lauschen will, der komme am Freitag, dem 30. Oktober, abends 8 Uhr, in den großen Saal des „Volkspark". Karten in allen Konsumvereins-Verkaufsstellen.

* **An alle kommunistischen Kriegsopfer und Arbeitsinvaliden!** Am Dienstag, dem 27. Oktober 1925, findet abends 8 Uhr eine Fraktionssitzung im „Volkspark" statt. An dieser haben sich alle Kriegsopfer und Arbeitsinvaliden aus den Organisationen des Reichsbundes, des Zentralverbandes der Invaliden und die des Internationalen Bundes, insoweit sie Mitglieder der Kommunistischen Partei sind, zu beteiligen. Erscheinen ist Pflicht!

Kommunistische Fraktion der Kriegs- und Arbeitsopfer.

* **Proletarische Tribüne.** Am Sonntag treffen sich alle Mitglieder der Vereinigung abends 8 Uhr im „Volkspark". Die Vorverkaufs-Programme müssen hier restlos abgerechnet werden. Genossinnen und Genossen, die geneigt sind, der Vereinigung beizutreten, werden gebeten, am Mittwochabend 8 Uhr im „Volkspark" (Dachdeckerzimmer) zu erscheinen. **Am Mittwoch Rollenverteilung für „Die Schwefelblüte".**

* **Die RFB.-Kapelle** will sich vergrößern. Es wird daher gebeten, daß sich Geigen-, Klarinetten- und Violaspieler sowie ein Posaunist melden bei dem Vorsitzenden Kurt Brummrich, Kellnerstraße 11. Probe jeden **Mittwoch** in der „**Schützei**", Kleine Ulrichstraße.

Aus der Jugendbewegung

Kommunistischer Jugendverband, Ortsgruppe Halle

Heute abend ½8 Uhr in der Produktiv-Genossenschaft Bezirksausschußsitzung. Alle Bezirksleitungs- und Ortsleitungsmitglieder von Halle müssen hierzu erscheinen. Montag abend 8 Uhr in der Produktiv-Genossenschaft treffen sich alle Genossen, welche im Jungsturm organisiert sind, zu einer kurzen Besprechung.

BL. des KJVD.

Sonntag abend 8 Uhr in der Produktiv-Genossenschaft Zusammenkunft. Musikspieler Instrumente mitbringen. Dienstag, 27. Oktober, abends 8 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft äußerst wichtige Funktionärsitzung.

Kommunistischer Jugendverband, Ortsgruppe Ammendorf

Heute abend 8 Uhr Treffen der Funktionäre an der Post. Pünktliches Erscheinen ist Pflicht.

Kommunistischer Jugendverband, Ortsgruppe Dölau

Die Distriktsvollsitzung findet nicht Sonntag vormittag, sondern Sonnabend, den 24. Oktober, abends ½8 Uhr, bei W. Sch. statt.

„Jung-Spartakus-Bund", Ortsgruppe Halle

Sonntag, ½2 Uhr, trifft sich die gesamte Gruppe zu einer Nachmittagstour am Hallmarkt. Zeitungen usw. mitbringen.

„Jung-Spartakus-Bund", Ortsgruppe Dölau

Alle Arbeiterkinder, die sich an einem gemeinsamen Ausflug mit der hallischen Ortsgruppe des JSB. beteiligen wollen, treffen sich ½3 Uhr am „Heideschlößchen".

Arbeiter-Sport

Schach

Als wir Arbeiterschächer am Sonntag, dem 18. Oktober, in Leipzig eintrafen, vollzog sich im Inneren der Stadt gerade der Aufmarsch des Kriechertums, angetan mit Klempnerladen und aus der Mottenkammer hervorgeholten Lumpen. Alle Kapitalgewinn- und Mondsüchtigen gaben sich hier ein Stelldichein. Gestanden haben die teutschen Helden in den Straßen, daß manchem die Spucke lang geworden ist. Schlottrige Gestalten konnte man dabei sehen. Das waren gerade die richtigen Symbole der vermodernden bürgerlichen Gesellschaft.

Während sich dieser Hexensabbat im Zentrum austobte, bemühte sich die kleine Schar unserer Arbeiterschächer, der westlichen Bevölkerung Leipzigs ein besseres Ziel vorzudemonstrieren. Die Schachgenossen von Halle, Bitterfeld, Delitzsch Sandersdorf und Weißenfels waren von der Abteilung Böhlitz-Ehrenberg zu einem Großkampf gegen Leipzig-West eingeladen. Vom Sammelpunkt am Leutzscher Rathaus ging es im ruhigen Gleichschritt unter den Klängen eines Trommlerkorps nach Böhlitz-Ehrenberg. Gar mancher Spießer schaute mit süßsaurer Miene dem Zuge nach. Wie kann sich auch so eine kleine Schar von 100 Mann vermessen, zu demonstrieren an einem Tage, an dem doch wir Deutschen das alleinige Recht auf die Straße haben? Davon konnten wir Arbeiterschächer uns in den Abendstunden überzeugen. Die Schupo hatte alle Hände voll zu tun, um diese teuren Helden vor Unglücksfällen zu bewahren.

Zu unserem Spiele selbst begann nach kurzer Ansprache und Begrüßung um 11 Uhr im kleinen Saale der „Großen Eiche" der Wettkampf, welcher an 33 Brettern ausgetragen wurde. In der ersten Runde erhielten wir als Gäste die Führung der weißen Steine und um 1 Uhr war diese Runde mit 18 : 14 Punkten für uns entschieden. Nach der Mittagspause hielt der Schachgenosse Pflaum-Leipzig einen interessanten Vortrag über die neuesten Untersuchungen im Eröffnungsschach und erntete dafür großen Beifall. Nunmehr begann unter großer Spannung die zweite Runde des Tourniers. Nach zweistündigem Kampfe ging die kombinierte Mannschaft von Halle, Bitterfeld, Delitzsch, Sandersdorf und Weißenfels mit 37 : 28 Punkte als Sieger aus diesem friedlichen Wettkampf hervor. Man einigte sich noch zu einem Retourwettkampfe, welcher am 13. Dezember in Halle anläßlich des Stiftungsfestes des hallischen Arbeiter-Schachklubs stattfindet.

TV. „Die Naturfreunde", Ortsgruppe Halle. Am Sonntag, dem 25. Oktober, abends 7 Uhr, findet ein Lichtbildervortrag über „Die deutschen Alpen und das Bodenseegebiet", gehalten von Genossen, die dieses Gebiet im Laufe des letzten Sommers besucht haben, in der Aula des Reform-Real-Gymnasiums, Friesenstraße, statt. Der Vortrag wird von Darbietungen der Musikgruppe und gemeinsam gesungenen Liedern umrahmt. Zur Deckung der Unkosten wird ein Beitrag von 30 Pf. für Erwachsene bzw. 20 Pf. für Jugendliche erhoben.

HFC. Viktoria 08. Spiele zum Sonntag, dem 25. Oktober: Viktoria 1. spielt um 3 Uhr auf dem Sandanger gegen Askania 1. in bekannter Aufstellung. Viktoria 2. spielt um ½2 Uhr in Zörbig gegen Sportklub 07 2. Treffpunkt ¼11 Uhr Hauptbahnhof. Abfahrt 10,50 Uhr. Aufstellung wie am vergangenen Sonntag. Viktoria 3. spielt in Teicha gegen Teicha 3. um 3 Uhr. Treffpunkt ½1 Uhr Marktplatz mit Brandenberger 1 und 2, Möritz, Renner, Lomatowitz, Beiz 1, Müller, Hendel, Friedemann, Blank, Beiz 2. Viktoria Jugend spielt um 10 Uhr auf dem Sandanger gegen ASC. Jugend in alter Aufstellung. Linienrichter bei der Jugend Stolle und Brendel, bei der 1. Karl Kober und Stöcklein. Platzkassierer sind Hermann Kober sen. und Hermann Kober jun. Sportgenosse Pätz pfeift das Spiel Minerva 3. gegen Fortuna 3. um ½2 Uhr auf dem Minerva-Platz. Am Sonnabend, dem 24. Oktober, findet die fällige Mitgliederversammlung statt.

ASC. (Handball). Die 1. Mannschaft trifft sich Sonntag, den 25. Oktober, um 1 Uhr in Trotha bei Brandt zum Spiel gegen Turnverein Löbnitz.

Die Fortsetzung unseres Romans kann technischer Umstände halber erst Montag erfolgen.

Verantwortlich: Max Lademann, Eisleben, für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: Fritz Kroh, Halle, Lerchenfeldstraße 14.

In diesen Tagen kassieren unsere Trägerinnen die letzte Oktober-Rate. Wir bitten, dieselbe bereitzulegen. Der Verlag

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019251024-18/fragment/page=0006

Leben · Wissen · Kunst

Hamburger Kämpfe

Demonstration

Nachfolgende Kapitel sind aus dem Buch „Proletarier" von Franz Jung entnommen, das der Dichter 1920 im Gefängnis geschrieben hat.

Von der Wilhelmsbrücke her kam der erste Zug. Meist junge Burschen, einige Mädels darunter. Sie gingen sehr schnell, liefen aufeinander auf, wenn ein Wagen kreuzte, blickten herausfordernd und zogen dann immer wieder, fast aufgelöst, schneller weiter. Von hinten riefen sie fortwährend: Ordnung halten, im Glied bleiben, Vordermann — denn die letzten kamen schlecht mit. Sie keuchten merklich. Einige trugen rote Fahnen, mehr Fetzen, oder Plakate. Gegen das Ende hin wurde von zwei Mädchen ein breites Banner getragen aus Pappe, das mit biden Kreidestrichen bemalt war. Es war Pappe, die in irgendeinem Fabrikhof oder Packraum rumgeleger haben mochte. Sie kämpften damit schwer gegen den Wind, der Zug ging zu schnell. Die Straßengänger ließen sich nicht stören. Sie warfen auf den Trupp kaum einen Blick.

Viele solcher Trupps, hundert bis zweihundert Personen, wurden in allen Teilen der Stadt beobachtet. Sie gingen in Richtung auf das Volkshaus. Je weiter die Stunde vorrückte, desto zahlreicher gingen die Meldungen im Stadthaus ein, das durch einen weiten Platz getrennt dem Volkshaus direkt gegenüber lag. Der Platz war noch fast leer. Vereinzelte Radler, Motorfahrer, die Meldungen brachten, Eilboten, hin und wieder ein Auto mit Offizieren, anscheinend Befehlsempfänger. In den südlichen und östlichen Vorstädten war der Straßenverkehr ins Stocken geraten. Die Belegschaften einiger Großbetriebe hatten die Arbeit eingestellt und waren in geschlossenem Zuge auf die Straße gegangen. Sie schritten in Reihen bis zu zehn Mann, Ordner mit roten Binden an der Spitze. In eine Anzahl Betriebe waren Trupps von der Straße gewaltsam eingedrungen, um die Kollegen auf die Straße zu holen. In einem Fall war es zu einem Zusammenstoß mit der Torwache gekommen. Ein vollgefressener Uniformierter, der einen Revolver gezogen hatte, wurde hochgehoben und gegen eine Bordschwelle geschleudert, Fäuste über ihn her. Er schlug noch eine Weile mit den Füßen, dann blieb er liegen. In einem anderen Falle war das Portierhäuschen auseinandergerissen und kurz und klein geschlagen worden. In einem Betrieb hatten sich die Arbeiter selbst den Eindringenden entgegengestellt, es war zu Handgreiflichkeiten gekommen, bei denen die Maschinenanlagen nicht unerheblich zerstört worden waren. Mit Drehkolben und Eisenstangen gingen die Arbeiter selbst aufeinander los, und es blieb dem Eingreifen des Betriebsleiters zu verdanken, der kurzerhand den Betrieb für geschlossen erklärte, daß das ganze Gebäude nicht in die Luft flog, wie befürchtet wurde. Alle diese Meldungen liefen ein, wurden gesichtet, zum Teil in Stichworten erläutert auf Grund persönlicher Rückfragen und Berichte und dann höheren Orts weitergeleitet. Die Stimmung im Stadthaus blieb gleichmäßig still. Schreibmaschinen tackten, das Telephon schnurrte unaufhörlich, einzelne Laute drangen durch, sonst war Besonderes nicht zu merken. Die ersten Trupps waren auf dem Platz erschienen.

Das war der Aufmarsch. Ueber den Platz wehten die roten Banner: Gebt uns Arbeit, gebt uns Wohnung. Kleidung, Brot. Die Menge schob sich vom Volkshaus zum Stadthaus und wieder zurück. Es war ein Murmeln und Auf- und Abschwellen, das manchmal wie in einem Strudel versank. Vereinzelte Rufe, es schien sich eine bestimmte Wut durchsetzen zu wollen. Dagegen kämpfte aber wie von einem Ganzen abgeirrtes Gelächter. Etwas wie Ratlosigkeit, vermischt mit Ungeduld, breitete sich aus. Mehrere Redner, die einen Kreis enger um sich zogen, kamen schließlich zu Wort. Von Gruppe zu Gruppe ging die Meldung: Sie haben die Kommission oben, sie verhandeln schon. Nur wenige fühlten sich als direkt Beteiligte.

Als dann aber von einer Seitenstraße aus auf die Menge scharf geschossen wurde — die Seitenstraße hatte niemand beachtet, sie schien vorher leer. Dort tauchte plötzlich ein Maschinengewehr auf. Eine Handvoll Sicherheitswehr. Man hatte gar nicht gesehen, was eigentlich los war. Die Sache war so: Einige Leute, in der Absicht, was Näheres zu sehen und zu hören, hatten eine vorspringende Rampe erkletert und waren dort gegen ein Fenster gedrückt worden. Vielleicht, daß jemand angenommen hatte, als das Fenster klirrte, es wäre ein Signal zum Angriff, — kurzum, wie aus dem Boden gezaubert, wuchs das Maschinengewehr empor, kaum daß noch die Vornestehenden rufen und pfeifen konnten, huiiih — da fielen auch schon die ersten Schüsse. Die Polizisten sahen bleich und verstört aus, sie hatten Angst. Die Masse konnte sich auf sie stürzen, sie in Stücke reißen, es war schon vorgekommen. Doch —

Oben die saßen noch ruhig, der eine ordnete seine Statistiken, er wollte den Leuten genau beweisen, wie die Sache stand, daß mit Forderungen allein nichts gemacht war. Schüttelte mißbilligend mit dem Kopf, als der Schrei der Masse heraufstieg. Die Vertreter waren noch nicht ganz oben.

Dieser Schrei stieg wirklich empor. Eben diesmal stürzte sich niemand auf die Handvoll Polizisten. Die Masse. Es schien, sie wollte sich zerreißen, sich selbst aufsaugen. Eingekeilt auf dem weiten und doch zu engen Platz. Häuser fielen nicht ein. Aber eine ungeheure Kraft tobte gegen sie an.

Wer ist der Ankläger?

Der Gefangene betete in dem großen Hause, in dem noch Tausende von Gefangenen betten. Ein hohler Schall rohrte von Galerie zu Galerie, dann schlossen die Schlüssel und es trat jemand wo ein, oben oder unten oder nebenan, es war so gleich hohl, oder jemand ging los. Und es blieb noch eine Wolke von Schall zurück, die auf- und niederschwebte und niemals bersten wollte. Dann kamen Tritte und gingen, blieben immer gleich weit, und bald werden oben und unten und zu allen Zeiten diese Tritte sein. Und niemals ist es ganz still. Es mochten wohl Wanderer sein, Leute, die unruhig sind und hin- und hergehen, sich bald scharf auf dem Absatz drehen, mit der Faust manchmal leicht an die Wand schlagen, sehen, ob die Faust noch hält und wie in Erinnerung anfangen vor sich her leise zu pfeifen, eigentlich nicht pfeifen, vielmehr zischen.

Diesem Gefangenen steigt das Blut hoch, daß er denkt, der Kopf platzt. Stand da einer vor ihm, das strohgelbe Haar geschteitelt, vornübergebeugt, die Hände in den Taschen, ein Gesicht fähig mit wulstigen Lippen und kalten grauen Augen, die Stimme schnarrt und quetscht spitz und helfert gegen ihn in einem Hochmut, der das Blut erstarren macht. Ganz atemlos steht man da, denkt der. Die Brust eingefallen, daß die Schultern hängen, Arme und Hände schlenkern verlegen, bis man sie hält, und die Füße wollen scharren und ausschwingen und man möchte auf den Strohkerl da vorn los und zuschlagen. So standen sie, denkt der noch einmal in der Erinnerung, und es ist ihm heiß.

Das sind die, die alles in ihren Händen haben, die das Gesetz, gegen das man verstößt, geschaffen haben, und die es in der Hand haben, die Gequälten damit zu reinigen. Das sind die, die paragraphieren, gliedern und einteilen und salbungsvoll vom Wohl der Menschheit reden und dem Gemeinwohl, die hochmütig die Achseln zucken und verachten, denn die sind nicht schuldig. Sie sind nicht strafbar. Sie sind wohlgelitten, wohlgefällig vor sich und den Ihren und ihren Gesetzen. Denn diese Gesetze und Paragraphen, die sie geschaffen haben, zu halten, fällt ihnen nicht schwer. Das ist kein Kunststück, mich in der Atmosphäre zu bewegen, die ich mir selbst mache und die ich brauche, um zufrieden und glücklich und ungestört zu sein. Und daß jeder Verstoß sie stört, das setzt sie in Wut. Denn die andern, das sind die Lumpen und Verbrecher, die Unzuverlässigen und Arbeitsscheuen, die Mürrischen, die Aufrührer und Aufwiegler, die Verbrecher an Staat und Menschheit.

Da sind die Diebe, die von dem Felde die Kartoffeln stehlen, weil sonst ihre Familien verhungern, da sind die Betrüger, die Defraudanten, Räuber und Fälscher, die Raufbolde, Betrunkenen, Totschläger und Mörder, die durch ein System zermürbt, verängstigt und verzweifelt und um- und umgekehrt sind, ein System, das dem Menschen die Arbeit stiehlt, das Blut auslaugt und verdorrt beiseite schmeißt. Falls er brav bleibt — — — die Maschine, Tempo. Sonst ihn stempelt und kasernziert. Und da sind die Arbeiter, die Hände, die Arbeit und zu fressen haben und murren und sich zusammenrotten. Pfui Teufel, denkt der Gelbe, das ist undankbar. Wir haben alles für sie, Kino und Schnaps, Zigarren und Kleider und alle Belustigungen, die so einer braucht, Schulen, wo sie ihre Kinder hinschicken können, daß sie lernen, was eigentlich der Staat ist, alles haben wir für sie und sie wollen immer noch mehr. Sie wollen so sein wie wir — das Pack, fühlt er. Und dabei kribbelt es ihm schwarz von Gesindel, das stiehlt und sich betrinkt und gleich bereit ist zu plündern und sich schlägt. Nieder die Canaille — — — Und der Strohgelbe, dieser Spitzgescheitelte, heißt sich wieder wie ein bissiger Köter in sein Opfer fest. Diktiert sauchend und hohettstriefend einem wesenlosen Individium, das ein Schreiber ist, Protokolle. Protokolle gegen die Aufwiegler, gegen die Plünderer, gegen das Raubgesindel, gegen das arbeitsscheue Volk, das man peitschen und in Käfigen verrecken lassen sollte und nicht mehr zulassen, daß diese Weiber gebären und immer mehr von solchen — diktiert und diktiert und schwitzt im Gefühl der Strafe, die ihn und die Seinen retten werden. Einer Strafe, daß das Volk quietschen soll — alles das fühlt der Gefangene und wundert sich fast. Denn es ist nur immer eine Welle, die kommt und vorübergeht und es ist ihm leichter wie zuvor. Draußen wird noch etwas Sonne sein und er lächelt und kommt sich ganz gut vor. Dann liest er wieder die Vorschriften und Verbote an der Wand, flüchtig und denkt: So viel Wichtigkeit einer so nichtigen Sache. Er vergißt ganz den Strohgelben und schüttelt den Kopf über so einen Schreiber, der das alles aushalten muß. Und auch Schließer zu sein, ist keine schöne Arbeit. So wie ein Hundewärter. Sich schließlich noch von allen anfahren lassen. Keinem ist's recht — und so spinnt der Gedanke weiter an die Arbeitsstelle und an die Kollegen und oft auch an Frau und Kind. Es wird stiller um ihn und wie er sich in Bewegung setzt, pfeift er leise vor sich hin. Aber es zischt mehr.

Genosse Hugo Urbahns

Während der Gerichtsverhandlung, in der er wegen Beteiligung an den Hamburger Oktoberkämpfen zu zehn Jahren Festung verurteilt wurde, rief er aus:

„Lieber im Feuer der Revolution verbrennen, als auf dem Misthaufen der Demokratie verfaulen!"

Barrikadenbau

Ein einziger Offizier für den ganzen Hamburger Aufstand, — aber wieviel hat er für ihn getan! — Es gab keine Straße in Barmbek, keine Gasse, keinen einzigen Durchschlupf, den er nicht mit zwei, drei Hindernissen verspert hätte. Die Barrikaden wuchsen wie aus der Erde, vermehrten sich mit unglaublicher Schnelligkeit. Es gab keine Sägen und keine Schaufeln, — man verschaffte sich welche. Die Bewohner wurden zu Erdarbeiten herangezogen, — schwitzend schleppten sie Steine herbei, wühlten das Pflaster auf und fällten die geheiligten Bäume der öffentlichen Gärten nieder; sie waren bereit, sich selbst in die Luft zu sprengen — nur um ihre Schränke und Kommoden, Betten und Küchen vor dieser wilden Bautätigkeit zu bewahren.

Nur eine alte Frau machte eine Ausnahme — sie berührte den Führer am Aermel, und veranlaßte ihn, ihr zu folgen — um ihm ein starkes, breites Brett von ihrem Waschtisch — den Stolz der Wirtschaft — mitzugeben. Das Brett fand seine Verwendung und hielt sich standhaft bis zu Ende. Aber das war nur eine Ausnahme.

Im allgemeinen hat sich die alte romantische Barrikade schon längst überlebt. Das Mädchen mit der Phrygischen Mütze schwenkt nicht mehr das durchlöcherte Banner über der Barrikade, es gibt keine Versailler mehr, die in weißen Gamaschen den mutigen Gamin erschießen, es gibt nicht mehr den Studenten aus dem Quartier Latin, der ein Spitzentaschentuch auf seine Todeswunde drückt, während ein Arbeiter seine letzte Kugel aus dem langen altmodischen Lauf der Pistole abschießt. Die Kriegstechnik hat dieses ganze liebe romantische Gerümpel in die Geschichtsbücher verwiesen, wo es noch immer fortlebt, umrankt von Legenden und dem Pulverrauch des Jahres 48. Jetzt kämpft man anders. Die Barrikade, als eine Festungsmauer zwischen den Gewehren der Revolutionäre und den Geschützen der Regierung, ist längst verschwunden. Sie dient keinem mehr als Schutz, sondern allen als Hindernis. Jetzt ist es eine leichte aus Bäumen, Steinen, umgestürzten Wagen gebildete Wand, die einen tiefen Graben vor den Panzerautos, vor diesen gefährlichsten Feinden des Aufstandes schützt. Gerade im Schützengraben liegt der Zweck des Bestehens der zeitgemäßen Barrikade. Aber die alte Barrikade führt doch immerhin fort — wenn auch in einer anderen Form, als ihre heroische Großmutter der Jahre 23 und 48 — den Insurgenten in aller Treue zu dienen.

Elfriede aus Schiffbek

Elfriede ist nicht nur eine ausgezeichnete Kommunistin, ein prachtvoller Kamerad, ein heroisches Mädchen, das auf den Barrikaden gekämpft und die gesamte weibliche Bevölkerung von Schiffbek zu der Einrichtung einer Feldküche herangezogen hat. Sie brachte den Kämpfern heißen Kaffee und frische Patronen in die Schützengräben, sie schloß ihren Alten eigenhändig ein und bereicherte die kärglichen Waffenvorräte der Partei mit seinem altmodischen Karabiner. Sie wurde von der Polizei bei ihrer „verbrecherischen" Tätigkeit ertappt und gefangengenommen — mitten im Kartoffelschälen, mit hochgekrempelten Aermeln; mutig, tätig, der Partei für immer ergeben, ist sie vielleicht einer der ersten Menschen von jenem neuen und kühnen Typus, den der neuproletarische Roman so ungeschickt nachzuahmen versucht und den die Prediger der Alkoventrevolutionäre zu imitieren bemüht sind.

In das Bettlerviertel von Schiffbek kam mit ihr ein Geist der Zerstörung und der Freiheit. Elfriede weigerte sich, irgend jemandes Frau zu sein. Ihr Name weckte furchtsame Achtung bei den einen und einen wilden Haß bei den gesetzlich angetrauten Gattinnen, denen sie seit Jahr und Tag Männer, Väter, Geliebte abspenstig machte. Sie eroberte jenen, den sie sich auswählte; sie liebte ihn, solange die Liebe ohne Lüge war, um dann ihrem Gefangenen mit hochmütiger Geste seine Freiheit wiederzugeben. Aber niemals hat sie versucht, für sich oder ihr Kind Namen, Schutz, Hilfe zu erlangen. Niemals machte sie den Versuch, in einem schwachen Augenblick oder einem Krankheitsfall sich auf das Gesetz zu stützen, das sie ihr ganzes Leben lang ignoriert hat.

Aus der Werkstatt kam sie ins Gefängnis.

Aber vorher möchte ich noch von einem erstaunlichen Augenblick berichten, von einer herrlichen Szene, die sich wirklich im Korridor des Hamburger Rathauses abspielte, wohin im Oktober 1923 die verhafteten Kommunisten gebracht wurden.

Das war an jenem furchtbaren Tage, als beim Eingang des Schiffbeker Polizeireviers Lastautos standen, die mit liegenden gefangenen Arbeitern — drei, vier, fünf Schichten aufeinander! — beladen waren.

Es waren Aufständische! Sie kämpften im offenen Kampfe, nach allen Regeln eines ehrlichen Kriegers, — sie setzten ihr Leben gegen das Leben eines hundertfach stärkeren Feindes ein, — und doch schonten sie die Gefangenen und ließen die Verwundeten frei. Aber die Gegenseite verfuhr mit ihnen nach ihrer Niederlage wie mit gefangenem Gesindel, wie mit außerhalb der Gesetze stehenden Banden. Die Polizei stampfte mit den Füßen auf diesen Reihen aufeinandergeschichteter, blutender, erstickender Körper. Zu unterst lagen Menschen mit dem Gesicht an die mit Kohlenstaub bedeckten Bretter gepreßt — sie starben, von der Schwere der auf ihnen liegenden Genossen erdrückt, während oben die Wachtmeister der Reichswehr den Gefangenen Haarsträhnen ausrissen und mit dem Gewehrkolben die Hinterköpfe der gefesselten, ohnmächtig gewordenen Menschen zerschmetterten.

Dort wurden drei zu Tode gedrückt. Aber darüber später. — Ich möchte Schiffbek nicht mit der Schilderung der von der Polizei begangenen Bestialitäten beginnen. Sie sind nur ein schmutziges, blutiges Epilog der drei Aufstandstage, die kein Soldatenstiefel aus der Geschichte der neuen Arbeitermenschheit herausstampfen kann. Auf welch unerreichbarer, geheiligter Höhe steht der Kampf des Arbeiter-Hamburgs über den blutbespritzten Fußböden der Polizeireviere, über den Tischen der Gerichtsstuben, auf denen Protokolle geschrieben, Menschen gezüchtigt und wieder Protokolle geschrieben wurden, über der stickigen Luft der Toiletten dieses vielgerühmten Rathauses, wo man die Verhafteten zwang, sich zu waschen und sogar Duschen zu nehmen, — damit die Vertreter der örtlichen Regierungsgewalt, die Herren sozialistischen Abgeordneten — die erschienen sind, um sich von der guten menschlichen Behandlung der Gefangenen seitens der Polizei zu überzeugen —, beim Anblick des verschmierten Blutes oder von dem Geruch der Kleidung eines Jungen, eines Mitgliedes der Kommunistischen Jugendgruppe von Hamburg, der so verprügelt wurde, daß er über seine physiologischen Funktionen die Kontrolle verlor, — nicht sekrant wurden.

Also in diesem langen, weißen Korridor, wo die betrunkene Soldateska das lebendige Stück Revolution Spießruten laufen ließ, wo die Menschen vor Schmerz und Verzweiflung gegen die Wände rannten, wo es nach Gummi und Blut roch, — in diesem Korridor wurde Elfriede, die die Würde ihres einsamen Lebens mit solcher Mühe und Sorglamkeit zu wahren wußte, die, der Stütze irgendeiner offiziellen Moral beraubt, dennoch gerade und klar wie ein Kompaßspreil war, — in diesem Korridor wurde sie dem Gestank der übelsten Verhöhnung und der schlimmsten Beschimpfungen ausgesetzt.

Alle Viertelstunde stürzte eine neue Reichswehrbande in den Saal, zerrte an der auf dem Boden Liegenden herum, bis sie wieder zum Bewußtsein kam, um wieder über sie herzufallen, mit Gummiknüppeln zu Boden zu schlagen. Und jede dieser Banden fiel mit ihren Flüchen auf die Frau her.

Man schrie ihr zu: „Kommunistische Hure!"

Man schrie ihr zu: „Käufliche Kreatur!"

Man schrie ihr zu: „Du bist keine deutsche Frau, Du bist eine Hündin!"

Unter diesem Entsetzen, in dieser Folterkammer, die einen Tag, eine Nacht und noch einen Tag dauerte, — besann sich dieses Mädchen darauf: es hat doch eine große deutsche Frau gegeben, gewaltig wie Marmor, und nach ihrem furchtbaren Tode hatte die deutsche Revolution nichts Tragischeres und Größeres mehr aufzuweisen.

Und weiter: sie hinterließ ein kleines Buch mit Briefen. Ein weißer Umschlag und rote Buchstaben. Briefe aus dem Gefängnis.

Rosa Luxemburg.

Elfriede stand in der Hölle des Korridors und schrie Worte von Rosa Luxemburg hinein, bis man sie hörte. Wenn ein Mädchen sich mit Rosas Namen bewaffnet, dann ist es stark und gefährlich wie ein Bewaffneter — sie ist dann ein Krieger, den niemand mehr anrühren darf.

Es war unmöglich, herauszubringen, welche Worte sie hinausschrie.

Aber irgendein Unteroffizier entschuldigte sich.

Eine der Banden machte sich mit eingezogenem Schwanz aus dem Staube; einige sagten — „sie hätten nicht gewußt . . ." Vielleicht ist einer der Verwundeten auf diese Weise aus den Fäusten der Soldaten befreit und gerettet worden.

Das — von Elfriede aus Schiffbek.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019251024-18/fragment/page=0007

Vor großen Kämpfen in der chemischen Industrie

(Eig. Drahtm.) Frankfurt a. M., 23. Oktober.

In der chemischen Industrie des rhein-mainischen Wirtschaftsgebietes ist eine Lohnbewegung im Gange. Die Verhandlungen sind ergebnislos verlaufen und die Gewerkschaften haben einen Aktionsausschuß eingesetzt, der gegebenenfalls den Streik ausrufen soll, der in den Städten Mainz, Wiesbaden, Frankfurt a. M., Gießen und Kassel 32 000 Arbeiter umfassen würde.

München, 23. Oktober.

Ab 21. Oktober ist die gesamte Arbeiterschaft der chemischen Industrie in Bayern, soweit sie noch nicht im Streik gestanden hat, ausgesperrt worden. Es handelt sich um zirka 5000 Arbeiter.

*

Die Löhne der Chemiearbeiter bewegen sich zwischen 64 und 68 Pf. pro Stunde. Die Chemie-Industriellen, die in den letzten Jahren Millionenprofite eingeheimst haben, lehnten bei den Verhandlungen in Frankfurt jede Lohnerhöhung ab. In einer Erklärung, die sie am 19. Oktober abgaben, verlangten sie, daß die jetzt bestehenden Löhne bis 31. März Gültigkeit haben sollen.

Die Arbeiterschaft der Chemie-Industrie war nicht gewillt, diese Provokation stillschweigend hinzunehmen. Der **Fabrikarbeiterverband** faßte daraufhin den Beschluß, daß am Freitag, dem 23. Oktober, in den Betrieben Cassela, Griesheim Elektron, Werk Oehler in Offenbach die Arbeiter in den Streik zu treten haben. Wie die „Frankfurter Zeitung" berichtet, haben auf Grund dieses Beschlusses **die Unternehmer beschlossen, in ganz Westdeutschland die Arbeiter der chemischen Industrie auszusperren.** Es kommen zirka 50 000 Arbeiter in Betracht, dazu die in Bayern ausgesperrten 5000.

Das Vorgehen der Industriegewaltigen der Chemie zeigt die erste Auswirkung der Vertrustung der deutschen chemischen Industrie. Die Arbeiter sollen bis zum März 1926 mit diesen elenden Hungerpfennigen weiterleben. Die **mitteldeutsche Chemiearbeiterschaft** weiß davon auch ein Lied zu singen. Sie müssen auch ihre Forderungen stellen und trotz aller Drohungen **auf der Erfüllung ihrer gestellten Forderungen beharren.** Um den Sieg über die Unternehmer zu erringen, ist es aber notwendig, daß sich die Arbeiter den freien Gewerkschaften anschließen, um durch die Schaffung von **tatkräftigen Kampforganisationen** die Kämpfe zur Verbesserung ihrer Lebenslage durchführen zu können.

Chemiearbeiter, **schafft die Einheitsfront zur Abwehr gegen die geschlossene Front der Unternehmer!**

Eine Provokation des Reichspostministeriums

Keine Lohnerhöhungen — dafür aber „Unterstützungen im Notfalle"

Der bekannte günstige Wind wehte unserem Bruderblatt, der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung" in Leipzig, eine vom Reichspostministerium erlassene Verfügung auf den Tisch, die wie folgt lautet:

Abschrift.

Der Reichspostminister.
IV. N. Nr. 1632.

Berlin W. 66, den 28. 9. 25.
Leipziger Straße 15.

An die Oberpostdirektion.

.. OPD. werden bei Kap. IX Tit. Ia für 1925 neben den durch den Kassenanschlag bereits zugeteilten weitere ..... RM. zu Unterstützungen für Beamte hiermit zugeteilt.

Die Mittel sind den allgemeinen Bewilligungsgrundsätzen entsprechend in erster Linie dazu bestimmt, den durch besondere Umstände (durch Krankheit usw.) hervorgerufenen außergewöhnlichen Notständen in der Beamtenschaft durch Gewährung von Unterstützungen abzuhelfen. Unterstützungen können aber unter den heutigen Zeitverhältnissen auch dann schon gewährt werden, wenn in Einzelfällen der allgemeinen wirtschaftlichen Notlage der Beamten gesteuert werden muß, z. B. bei einem großen Familienstande oder bei unvermeidbaren dringlichen Ausgaben, die namentlich verheiratete Beamte der unteren Besoldungsgruppen aus ihrem Einkommen auf einmal zu decken nicht in der Lage sind. Selbstverständlich sollen auch die Ledigen und die nichtplanmäßigen Beamten Unterstützungen erhalten können, wenn die gleichen Voraussetzungen für die Bewilligungen gegeben sind. Für die Bewilligung einer Unterstützung braucht nicht immer ein Gesuch vorzuliegen, die Vorgesetzten haben vielmehr bei Kenntnis der bedrückten Lage eines Beamten von sich aus in gegebenen Fällen, ohne ein Gesuch abzuwarten, Schritte zu tun, damit bei vorhandener Not rechtzeitig eingegriffen wird.

Im übrigen darf bei der Bemessung von Unterstützungen nicht einförmig oder gleichmäßig vorgegangen werden. **Jeder Fall ist besonders zu prüfen** und den Verhältnissen des einzelnen Beamten entsprechend zu behandeln. Unter keinen Umständen darf die Bewilligung die Form einer Ausschüttung von Geldmiteln annehmen, so daß etwa bestimmte Beamtengruppen eine Art Erhöhung des Diensteinkommens erfahren. **Daß die Unterstützungsmittel einwandfrei verwendet werden, ist sorgfältig zu überwachen.** Insbesondere ist Vorsorge zu treffen, daß die Beamten des Verwaltungsdienstes nicht besser bedacht werden als die Beamten des Betriebsdienstes. (Vgl. Vf. v. 5. 11. 24 IV N. Nr. 2087.)

Durch die Zuweisung neuer Unterstützungsmittel finden die hier vorliegenden Anträge auf Gewährung von Vorschüssen zur Beschaffung von Heizstoffen und Kartoffeln ihre Erledigung. Mittel zur Bewilligung von Darlehen für diese Zwecke und an die Post-Spar- und Darlehnsvereine können nicht zur Verfügung gestellt werden.

J. A.: gez. Walther.

*

Bekanntlich hat das Reichspostministerium auf die gestellten Lohnforderungen der Gruppen 1 bis 6 klipp und klar erklärt, **die Berechtigung zur Lohnerhöhung wohl anzuerkennen, aber keine Mittel für höhere Löhne zur Verfügung zu haben.** Jetzt sind auf einmal nach obiger Verfügung Mittel vorhanden, nur werden sie nicht allen zugute kommen. Die Beamten werden auf den Bettelweg verwiesen, um ihre wirtschaftliche Notlage wenigstens vorübergehend zu beheben. Eingehende Gesuche werden selbstverständlich mehrmals geprüft und gesiebt werden, vielleicht wird gerade bei den unteren Beamten in den Wohnungen herumgeschnüffelt, um die „wirtschaftliche Notlage" zu ergründen. Ein System wird bei der Reichspost damit seinen Einzug halten, das allerhand Gefahren für die Postbeamten in sich trägt. Viele untere Beamte werden notgedrungen von dieser gebotenen Gelegenheit Gebrauch machen, um auf diesem Wege zur Linderung der Not beizutragen.

Der Zweck dieses Erlasses ist vollkommen klar. **Die Postbeamten und -angestellten sollen vom Kampf um höhere Löhne abgehalten werden. Außerdem will man jedes einheitliche und geschlossene Handeln unmöglich machen. Das muß verhindert werden. Nicht Unterstützungen wollen die bei der Reichspost Beschäftigten, sondern einen auskömmlichen Lohn.** Vor allen Dingen in den niedrigsten Gruppen ist die Erhöhung der Gehälter eine Notwendigkeit. Das Reichspostministerium erkennt zwar die Berechtigung an, aber eine Erhöhung der Gehälter tritt nicht ein. Die Beamten werden auf den Weg der „Unterstützungen" verwiesen. Die Postbeamten haben die Pflicht, dagegen anzukämpfen, wenn sie ihre Lebensbedingungen verbessern wollen. **Nur durch energisches, geschlossenes Handeln aller Postbeamten wird es möglich sein, den Vorstoß des Reichspostministeriums gegen die Rechte der Beamtenschaft abzuwehren.**

Was sagt übrigens der ADGB. zu diesem Schritt des Reichspostministeriums?

Lohnkämpfe, Entlassungen

(Eig. Drahtm.) **Berlin,** 23. Oktober.

Die Lohnverhandlungen **der städtischen Arbeiter** sollen **bis nach den Wahlen verschleppt** werden. Das gestrige Schiedsgericht im Konflikt der Gas- und Wasserarbeiter war **verhandlungsunfähig,** weil die Beisitzer „vergessen" worden waren. Die Verhandlungen sind auf Sonnabend vertagt. Die Obleutekonferenz beschloß, **mit der Streikproklamierung bis nach der Tagung des Schiedsgerichtes zu warten.** Im Konflikt der Kämmereiarbeiter hat sich der Schlichter die Stellungnahme zur Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches, der 3 Pf. Lohnerhöhung bringt, **bis Montag vorbehalten.**

*

Nach bürgerlichen Meldungen ist im Streit um den **Reichsmanteltarif** für das **Personal der kommunalen Straßenbahn** ein Einigungsvorschlag des Reichsarbeitsministers, der sich auf Arbeitszeit und Krankenlohn bezieht und ein Jahr Geltung hat, angenommen worden.

(Eig. Drahtm.) **Düsseldorf,** 23. Oktober.

Am Mittwochnachmittag sind **die Belegschaften sämtlicher Firmen, die an der großen Ausstellung „Gesulei" arbeiten, in den Streik getreten.** Den Grund dazu gab die Ablehnung des Regierungsbaumeisters, mit den gewählten Vertretern der Belegschaft über eine entsprechende Bauzulage zu verhandeln. Die Arbeiter **verlangen eine 25 prozentige Bauzulage,** da die Stadt infolge des Interesses, die Ausstellung schnellstens fertig zu haben, bei einem Zehnstundentag ein ungeheures Antreibesystem durchführen läßt. Es gibt fast jeden Tag einen tödlichen Unglücksfall auf den Bauten.

*

Bei den Düsseldorfer Postanstalten sind **umfangreiche Entlassungen** vorgesehen. Am 17. Oktober wurden bereits Kündigungen ausgesprochen; am 26. und 31. Oktober sollen weitere erfolgen. Es werden **davon besonders Jugendliche betroffen.** Ueber die Zahl der vor der Entlassung Stehenden ist noch nichts bekannt.

25 000 Arbeiter der Weißglas-Industrie ausgesperrt

Seit sieben Wochen stehen in Senftenberg und Kottbus (Niederlausitz) 4000 Arbeiter der Weißglasindustrie im Streik. Der Kampf entbrannte, weil die Unternehmer **die Wiedereinführung der Achtstundenarbeitszeit für die Feuerarbeiter,** sowie eine allgemeine Lohnerhöhung abgelehnt hatten.

Am 12. Oktober wurden weitere 15 000 Arbeiter ausgesperrt, um auf diese Weise die Arbeiterschaft auf die Knie zu zwingen. Zum 30. Oktober sind **Massenkündigungen** angedroht, so daß jetzt insgesamt 25 000 Arbeiter vor dem Kampf stehen.

Schiedsspruch für Hohenlimburg

Am Mittwoch, dem 21. Oktober, wurde in dem **Lohnkonflikt der Metallindustrie Hohenlimburg** ein Schiedsspruch gefällt, der im Spitzenlohn eine Stundenlohnerhöhung von 5 Pf. vorsieht. Die bisherige über den Tariflohn hinausgehende Zulage wird bei der Erhöhung angerechnet. Das Abkommen soll bis 1. Februar 1926 gelten und ist vorher unkündbar. Die Arbeiter sollen nur soweit wieder eingestellt werden, als es die betriebliche Möglichkeit zuläßt.

Der Schiedsspruch ist in dieser Form **für die Arbeiter unannehmbar.** Nicht nur die gestellten Lohnforderungen wurden nicht erfüllt, er gibt auch den Unternehmern die Möglichkeit, die Vertrauensleute der Arbeiter nicht wieder einzustellen. Wenn die SPD.-Presse für die Annahme dieses Schandschiedsspruches eintritt, so zeigt sie damit erneut ihre enge Gemeinschaft mit den Ausbeutern der Arbeiter.

Aussperrung in der böhmischen Textil-Industrie

In der nordböhmischen Textilindustrie sind ungefähr **20 000 Arbeiter** infolge Lohndifferenzen **ausgesperrt.** Allein im Warnsdorfer Gebiet sind etwa 50 Betriebe mit 10 000 Arbeitern stillgelegt, in den Bezirken Rumberg, Schluckenau und Schönlinde sämtliche Betriebe.

Rundfunkprogramm vom 26. Okt. bis 1. Nov. (Sendestelle Leipzig, Welle 454)

Montag, den 26. Oktober 1925

Rundfunk für Unterhaltung und Belehrung:

10.15 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Wetterdienst und -Voraussage der Wetterwarten Dresden, Magdeburg, Weimar. 12 Uhr: Mittagsmusik auf der Hupfeld-Phonola. 12.55 Uhr: Nauener Zeitzeichen. 1.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 4.30 bis 5 Uhr und 5.15 bis 6 Uhr: Nachmittagskonzert der Leipziger Rundfunkhauskapelle. 7 bis 7.30 Uhr: Vortrag (auf Welle 452): „Immergrüne Pflanzen und ihre Bedeutung für die Forst- und Landwirtschaft." Vortrag (auf Welle 294) des ärztlichen Bezirksvereins Dresden: „Das Wesen der Krüppelfürsorge." 7.30 bis 8 Uhr: Vortrag (auf Welle 452): „Alchimie früher und heute." Vortrag (auf Welle 294): „Verkehrsmittel im Wandel der Zeiten." **Programm der Mitteldeutschen Sendestelle Dresden.** 8.15 Uhr: „Das grobe Hemd." Volksstück in vier Akten von C. Karlweis. Anschließend (etwa 10.30 Uhr) Pressebericht und Sportfunkdienst.

Dienstag, den 27. Oktober 1925

10.15 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Wetterdienst und -Voraussage der Wetterwarten Dresden, Magdeburg, Weimar. 12 Uhr: Mittagsmusik auf der Hupfeld-Phonola. 12.55 Uhr: Nauener Zeitzeichen. 1.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 4.30 bis 5 Uhr und 5.15 bis 6 Uhr: Nachmittagskonzert der Leipziger Rundfunkhauskapelle. 6.30 bis 7 Uhr: Leseproben aus den Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt. 7 bis 7.30 Uhr: Vortrag: „Neues aus der Naturwissenschaft." 7.30 bis 8 Uhr: 5. Vortrag innerhalb der Vortragsreihe: „Einblicke in die experimentelle Psychologie des Kindes: Vom Denken des Kindes." 8.15 Uhr: Deutscher Opern-Abend. Anschließend (etwa 9.30 Uhr) Pressebericht und Sportfunkdienst. Darauf Tanzmusik bis 11.30 Uhr von Dresden aus.

Mittwoch, den 28. Oktober 1925

10.15 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Wetterdienst und -Voraussage der Wetterwarten Dresden, Magdeburg, Weimar. 12 Uhr: Mittagsmusik auf der Hupfeld-Phonola. 12.55 Uhr: Nauener Zeitzeichen. 1.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 4.30 bis 5 Uhr und 5.15 bis 6 Uhr: Nachmittagskonzert der Leipziger Rundfunkhauskapelle, dazwischen liest Frl. Dr. Margot Liebscher Kindergeschichten vor. (Auf Welle 452.) 4.30 bis 5 Uhr und 5.15 bis 6 Uhr: Nachmittagskonzert der Dresdener Rundfunkhauskapelle. (Auf Welle 294.) 6.45 bis 7 Uhr: Funkbastelstunde. 7 bis 7.30 Uhr: Vortrag: „Die Psychologie der Verkehrsunfälle." 7.30 bis 8 Uhr: 5. Vortrag innerhalb der Vortragsreihe: „Die französische Revolution." **Programm der Mitteldeutschen Sendestelle Leipzig.** 8.15 Uhr: Besinnliche Geschichten. **Programm der Mitteldeutschen Sendestelle Dresden.** 8.15 Uhr: Bunter Abend. Anschließend (etwa 9.30 Uhr) Pressebericht und Sportfunkdienst. Darauf Tanzmusik bis 11.30 Uhr.

Donnerstag, den 29. Oktober 1925

10.15 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Wetterdienst und -Voraussage der Wetterwarten Dresden, Magdeburg, Weimar. 12 Uhr: Mittagsmusik auf der Hupfeld-Phonola. 12.55 Uhr: Nauener Zeitzeichen. 1.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 4.30 bis 5 Uhr und 5.15 bis 6 Uhr: Nachmittagskonzert der Dresdener Rundfunkhauskapelle. 6.30 bis 6.45 Uhr: Steuerrundfunk. 7 bis 7.30 Uhr: 6. Vortrag in der Vortragsreihe: „Die Erforschung des Unterbewußtseins": Verwandte Richtungen und gegnerische Kritik. 7.30 bis 8 Uhr: 5. Vortrag in der Vortragsreihe über Indien: „Die modernen religiösen Strömungen in Indien." 8.15 Uhr: Militärkonzert. Anschließend (etwa 9.30 Uhr) Pressebericht und Sportfunkdienst. 10 bis 11.30 Uhr: Funkbrettl.

Freitag, den 30. Oktober 1925

10.15 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Wetterdienst und -Voraussage der Wetterwarten Dresden, Magdeburg, Weimar. 12 Uhr: Mittagsmusik auf der Hupfeld-Phonola. 12.55 Uhr: Nauener Zeitzeichen. 1.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 4.30 bis 5 Uhr und 5.15 bis 6 Uhr: Nachmittagskonzert der Leipziger Rundfunkhauskapelle. 6.30 bis 7 Uhr: Leseproben aus den Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt. 7 bis 7.30 Uhr (von Dresden aus): 1. Vortrag aus dem Vortragszyklus: Einführung in die Steinkunde: „Blick ins ewige All" (Die Größe der Welt.) 7.30 bis 8 Uhr (von Leipzig aus): 6. Vortrag innerhalb der Vortragsreihe: „Einblicke in die experimentelle Psychologie des Kindes": „Vom sittlichen und religiösen Fühlen des Kindes." **Programm der Mitteldeutschen Sendestelle Leipzig.** 8.15 Uhr: Schnurren. **Programm der Mitteldeutschen Sendestelle Dresden.** 8.15 Uhr: **Bruckner-Abend.** Anschließend (etwa 9.30 Uhr) Pressebericht und Sportfunkdienst.

Sonnabend, den 31. Oktober 1925

10.30 bis 12 Uhr: Reformationsfeier. Etwa 12 Uhr: Durchgabe der Antrittsrede des neuen Rektors (Geheimer Rat Professor Dr. Le Blanc) der Leipziger Universität. 4.30 bis 6 Uhr: Nachmittagskonzert der Rundfunkhauskapelle. 7.30 bis 8 Uhr: „Der Leitgedanke der Reformation." Uebertragung aus dem Senderaum der Berliner Funk-Stunde anläßlich des zweijährigen Bestehens der Gesellschaft: Festvorstellung: 8 Uhr: Iphigenie in Aulis, von Gluck. 10 Uhr: Sportfunkdienst.

Sonntag, den 1. November 1925

8.30 bis 9 Uhr: Orgelkonzert aus der Leipziger Universitätskirche. 11 bis 12 Uhr: Hans-Bredow-Schule. 11 bis 11.30 Uhr: 36. Vorlesung über Charakterköpfe aller Zeiten: „Die Wiener Burgschauspieler" 11.30 bis 12 Uhr: 7. Vortrag: „Physik des Weltalls." 12 bis 1 Uhr: Musikalische Stunde der Mitteldeutschen Besprechungsstelle Weimar. 4.30 Uhr: Hörspiel: „Der Widerspenstigen Zähmung." Lustspiel von Shakespeare. 8.15 Uhr: Ein deutsches Requiem, von Johannes Brahms. 10 Uhr: Sportfunkdienst.

Jedem Würfel von Maggi's Suppen
ist die einfache Kochanweisung aufgedruckt. Weil diese aber naturgemäß nicht für alle 27 Sorten die gleiche ist, muß sie bei jeder Suppe genau beachtet werden. Dann schmecken Maggi's Suppen vorzüglich
*3510

70 Pfg.
zahle ich für 1 Kilo reinwollene, gewaschene
Stricklumpen
oder tausche gegen meine berühmten
Möbius-Stoffe
Fritz Mösenthin
Halle, Burgstr. 1
*3505

Trauring-Ecke
Massiv goldene
Trauringe
333, 585, 750 oder 900 gestempelt
das Stck. 4—50 M.
Juwelier
Tittel
Trauringecke
Schmeerstraße 12

Bezirks-Konsumverein Weißenfels-Naumburg
eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung
Wir unterhalten eine
eigene Konditorei
die aus bestem Rohmaterial ein
vorzügliches Produkt
herstellt
*3516
Wir bieten an: **Torten** in jeder gewünschten Ausführung für alle Gelegenheiten. **Täglich frisches Kaffee- und Tee-Gebäck, Storchnester, Pfannkuchen, Windbeutel**
Deckt Euren Bedarf in der eigenen Konditorei!

Möbel
neu und gebraucht
Artur Schumann
Kanzleigasse 1/2

Selbstgekochtes hochfeines und wohlschmeckend.
Pflaumen-Mus
Pfd. 40 Pf.
offeriert
M. Lange
Kl. Ulrichstr. 25
3531

Kaffeehaus Roland
Großes Oktoberfest
3416

Kartoffeln
zum Einkellern, gelbfleischige Industrie und andere Sorten, vorwiegend **aus Sandboden,** bei billigster Berechnung frei Haus.
Fritz Nolte GmbH.
Albert Dehnestr. 1. Tel. 2099

Sennewitz
Sonntag, den 25. Oktober 1925
im Gasthof Pabst
3512
Großer Kirmesball
Es ladet freundlichst ein
Theater-Verein „Humor"
Anfang 4 Uhr Anfang 4 Uhr
Vorzügliche Küche und Keller

Bekanntmachung
Alle Hauseigentümer oder deren Vertreter, von denen die **Hauslisten, Haushaltungslisten** und **Betriebslisten** noch nicht abgeholt worden sind, werden hiermit aufgefordert, die Listen schnellstens im Stadtsteueramt, Herrenstr. 10, Zimmer 2, abzugeben
Eisleben, den 22. Oktober 1925
Der Magistrat *3515

Empfehle mich zum Gerben v. Häut. u. Fell.
Alfred Neundorf
Gerberei
Merseburg
Fischerstraße 3
1729

Inserenten! Fordert Offerten über Drucksachen ein.

Kleine Anzeigen haben bei uns den besten Erfolg!

Wohnhs., Stall., Gart., 3 Morg. Ack. Näh. Halle z. verk. Zu erfrag. i. Verlag Klassenkampf [3514

Guterh. schwarz. Ueberzieher, für mittl. Figur pass., verk. bill. Zelsing, Torstraße 45 [3513

Familien-Nachrichten

Zurückgekehrt [redacted] lieben Mutter, Schwieger- und Großmutter

Frau **Berta Benediger**
geb. **Vogler**

welche 2 Tage nach ihrem 73. Geburtstage, am 19. Oktober 1925, unserem lieben Vater nach 3 Jahren in die Ewigkeit nachfolgte, sagen wir hiermit allen Freunden und Bekannten, welche ihrer so liebevoll gedachten und sie mit zur letzten Ruhe geleiteten, unseren **herzlichsten Dank**

Halle, den 23. Oktober 1925
Tholuckstraße 4 3521

Die trauernden Kinder

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019251024-18/fragment/page=0008